

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3.00 M., monatlich 1.00 M., wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Kolonnenzeile über deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 14. Juli 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kanzlerfrise.

Das Friedensprogramm des Reichstags.

Die Mehrheit des Reichstags, die sich zusammensetzt aus den Fraktionen des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Usch-Votzinger, eines Teils der Deutschen Fraktion und einzelnen Mitgliedern anderer Fraktionen, hat sich auf folgendes Friedensprogramm geeinigt, das sie dem Reichstag zur Beschlussfassung vorlegen wird:

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede „Uns treibt nicht Eroberungssucht“. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbstständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietsveränderungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich.

Der Reichstag weiß sich in dieser Bekundung eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unergänzliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.

Der bisherige Reichskanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, hatte nach Überwindung einiger Bedenken seine Bereitwilligkeit erklärt, sich auf den Boden dieser Erklärung zu stellen. Es wird in den Kreisen der Reichstagsmehrheit erwartet, daß sein Politiker die Berufung in das Reichskanzleramt annehmen wird, der nicht mit seiner Überzeugung zu diesem Programm steht und der nicht gewillt ist, es als Richtlinie seiner gesamten auswärtigen Politik anzuerkennen.

Ein Reichskanzler, der sich in Gegensatz zu dieser Willensbindung des Reichstags stellte oder der eine ihr widersprechende Politik triebe, würde sich nicht auf das Vertrauen des Volkes und der Volksvertretung stützen können. Seine Mission wäre daher von vornherein aussichtslos.

Was den Wortlaut der Erklärung betrifft, so stellt er ein unanfechtbares Bekenntnis zu einem Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen dar, wie ihn auch der russische Arbeiter- und Soldatenrat fordert.

Zu dem zweiten Satz der Kundgebung möchten wir bemerken, daß nicht als eine Erklärung über die Entstehungsurachen des Krieges zu deuten ist. Den alten Streit mit den Gegnern über diesen Punkt wieder zu erneuern, liegt nicht in der Absicht. Wie immer die Gegner aber über diese Entstehungsurachen denken mögen, so steht doch fest, daß subjektiv, seiner tiefinnersten Überzeugung nach, das deutsche Volk in seiner Masse die Waffen nie zu einem andern Zweck geführt hat, als zu seiner Verteidigung. Diesen guten Willen sollte kein ehrlicher Gegner dem deutschen Volke abstreiten, ebenso wenig wie die ehrliche Absicht, den europäischen Brudermord in diesem Sinne zu beenden.

Einen gewaltigen Fortschritt bedeutet die im Namen des Volkes abgegebene Erklärung, der Reichstag wolle die Schaffung internationaler Rechtsgarantien tatkräftig fördern. Ein internationales Recht zu schaffen, das die Wiederkehr solcher Menschheitskatastrophen verhindert, das wird die große Aufgabe des kommenden Friedens sein.

An dieser Aufgabe zum eigenen Heil und zum Heil aller Völker mitzuarbeiten, dazu findet die Welt das deutsche Volk und seine Vertretung bereit!

Einladung zur internationalen Sozialistenkonferenz!

Stockholm, 15. August.

Stockholm, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Abordnung der russischen Arbeiter- und Soldatenräte und das holländisch-skandinavisches Komitee veröffentlichen folgenden gemeinsamen Aufruf:

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Einladung zur Stockholmer Internationalen Konferenz am 15. August und folgende Tage.

Der Krieg dauert bereits drei Jahre und noch ist sein Ende nicht absehbar. Zur Vorbereitung der notwendigen Lösung hat der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat die Initiative ergriffen, unter dem Banner der russischen Revolution eine internationale Konferenz der sozialistischen Welt einzuberufen. Dieser Vorschlag, dem übrigens gleichlaufende Absichten zahlreicher sozialistischer Parteien vorausgingen, wurde angenommen durch den allrussischen Kongress der Arbeiterräte.

Der Zweck der Konferenz ist die Vereinigung aller Kräfte des internationalen Proletariats zur Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, gegründet auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Um ihre Aufgabe zu gutem Ende zu führen, hat sich die russische Abordnung die tatkräftige Mitarbeit des holländischen Komitees gesichert, das seine Pläne auf die russische Initiative gestützt und bereits in gesonderten Konferenzen mit der Mehrheit der sozialistischen Parteien zahlreiche Fragen präzisiert hat.

Zur Vorbereitung der allgemeinen Konferenz wurde ein Organisationsbureau eingesetzt, bestehend aus Vertretern des russischen und holländisch-skandinavisches Komitees. Dieses Bureau hat, um alle Streitigkeiten zu vermeiden, beschlossen, die Zulassungs- und Abstimmungsverfahren der ordentlichen internationalen Kongresse möglichst genau innezuhalten.

Beide Körperschaften laden alle dem Internationalen Bureau angeschlossenen Parteien, auch die während des Krieges beigetretenen, sowohl die Mehrheiten wie die Minderheiten und die als selbständige Parteien konstituierten Oppositionen, ebenso wie der Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Gewerkschaften ein.

Die Konferenz findet in Stockholm am 15. August und die folgenden Tage statt.

Vorläufige Tagesordnung:

- 1. Der Weltkrieg und die Internationale.
2. Das Friedensprogramm der Internationale.
3. Die Mittel und Wege zur Verwirklichung dieses Programms und zur schnellen Kriegsendigung.

Die Organisatoren der allgemeinen Konferenz sind tief überzeugt, daß, um zur Beendigung des Weltkrieges beizutragen, die Internationale alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaften wie dahin bringen müssen, jegliche Zusammenarbeit mit den Regierungen abzulehnen, die die Angabe ihrer Kriegsziele verweigern oder offen oder verdeckt imperialistische Ziele aufgestellt haben und den Verzicht darauf verweigern.

Überzeugt, daß Ihre Organisation auf diesen Standpunkt steht und bereit ist, diese Verpflichtungen zu übernehmen, ohne Jögern noch Abschwächung die diesen Grundsatzen entsprechenden Beschlüsse der allgemeinen Konferenz durchzuführen, bitten wir Sie, durch eine Abordnung an der von dem russischen Kongress und dem holländisch-skandinavisches Komitee einberufenen Internationalen sozialistischen Konferenz teilzunehmen und Ihre Vertreter nach Stockholm zu entsenden.

Wenn Sie im Konferenzprogramm nicht vorgezeichnete Fragen unterbreiten wollen, müssen diese Vorschläge beim Organisationsbureau der Internationalen Konferenz: Stockholm, Uplandsgatan 14, bis zum 5. August eintreffen.

Mit sozialistischen und brüderlichen Grüßen!

Für die Abordnung des russischen Kongresses der Soldaten- und Arbeitervertreter:

Erlsch, Golbenberg, Rosanoff, Ruffanoff, Smirnow.

Für das holländisch-skandinavisches Komitee: Troelstra, van Kol, Albarde (Ersatzmann: Biegen), Wibaut (Ersatzmann: Branting), Söderberg, Möller.

Für das Sekretariat: Gussmann, Engberg.

Reichswende.

In politisch unterrichteten Kreisen gilt es als sicher, daß Herr v. Bethmann Hollweg seinen Abschied nimmt. Als sein Nachfolger wurde zunächst der bayerische Staatsminister Graf v. Hertling genannt, doch gilt auch diese Kombination schon wieder als erledigt.

Am Freitag wollte Herr v. Bethmann dem Hauptauschuß des Reichstages die Beschlüsse des Kronrats mitteilen, und am Sonnabend sollte die allgemeine Beratung über die auswärtige und innere Politik im Zusammenhang mit der Kreditvorlage fortgesetzt werden. Aber der Kanzler ist gestern im Hauptauschuß nicht erschienen und die für heute geplante Reichstags-Sitzung findet nicht statt. Der Reichstagspräsident hat sich vorbehalten, den Termin der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen. Man spricht vom nächsten Donnerstag. An diesem Tage aber wird, wie man jetzt allgemein annimmt, vor dem Reichstag ein neuer Kanzler stehen.

Für das, was wir in den letzten drei Jahren erlebt haben, trägt Herr v. Bethmann im Sinne der Verfassung die Verantwortung. Die Geschichte wird ihn von dieser Verantwortung stark entlasten.

Als Herr v. Bethmann sich in das Gebiet der auswärtigen Politik einzuarbeiten begann, erkannte seine zu Besorgtheit neigende Natur sehr bald die Gefährlichkeit der Erbschaft, die ihm/ihre Vorgänger hinterlassen hatten. Er verfuhr sich aus der bedrohlichen Isolierung den Ausweg zu finden und knüpfte zunächst Verhandlungen mit England an, wobei er im Londoner Botschafter, Fürsten Diknowsky, einen verständnisvollen Mitarbeiter fand. Auch die interparlamentarischen Verständigungsversuche mit Frankreich sah er nicht ungern und unterstützte sie im stillen, wie er konnte. Aber dann legte im Juli 1914 jene katastrophale Entwicklung ein, die er zu verhindern versucht hatte, mit der Kraft und Schnelligkeit eines Jyllons. Bethmanns Werk brach in Trümmer.

Hätte Herr v. Bethmann damals seinen Abschied genommen, sein Name wäre als der eines guten Geistes in die Bücher der deutschen Geschichte übergegangen. Aber wieder war es seine Besorgtheit, die ihn hinderte, aus dem Zusammenbruch seiner Politik die persönlichen Konsequenzen zu ziehen. Er blieb, Steuermann im Sturm, mit dem Gedanken an den Hafen, den zu verlassen seine Absicht nie gewesen war.

Sein Wunsch war, den begonnenen Krieg auf den Verteidigungskrieg einzustellen („Uns treibt nicht Eroberungslust“) und als solchen baldmöglichst zu beenden. Die Entziehung neuer Gegnerkräfte gegen Deutschland hat er für sorgfältig zu verhindern versucht. Aber wiederum waren Kräfte am Werk, die stärker waren als er. Er sah sich genötigt, ihnen Zugeständnisse zu machen, und wiederum wurde alles anders, als er gemollt hatte.

Herr v. Bethmann erkannte richtig, daß er jenen verderblichen Kräften nur dann Widerstand leisten konnte, wenn er sich auf die breite Machtgrundlage der Demokratie stützte. Aber er war nicht stark genug, aus dieser Erkenntnis die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Hätte er am ersten Kriegstage das gleiche Kreuzwahlrecht in die Pflanze geworfen, hätte er sich im Reichstag eine Mehrheit errungen, die ihn trug und hielt, so wäre er der Volkskanzler des Weltkrieges geworden und hätte unerschütterlich und unabsehbar seinen Willen auch in den Fragen der Kriegspolitik gegen alle Widerstände zum Sieg geführt.

Aber Herr v. Bethmann trat nicht als ein Fertiger an seine Aufgabe heran, sondern als ein Verdender. Nur allmählich löste sich sein Geist von dem siebenfachen Panzer konservativer Staatsgesinnung. Was gegeben werden mußte, das mußte er sich erst selber abringen, das mußte auch, weil die äußere Entwicklung schneller ging als seine innere, ihm selbst erst abgerungen werden. Daraus entstand ein Verhältnis qualvollen Unbefriedigtseins, das hinwiederum auch seine Stellung gegenüber den Gegnern seiner auswärtigen Politik schwächte. Er sah sich genötigt, ihnen Zugeständnisse zu machen und geriet in eine immer schiefere Lage. Das Ergebnis: Halbheiten, Zweideutigkeiten, flaffende Widersprüche zwischen Wort und Tat, schließlich die Krise.

Was hier zusammenbricht, ist nicht Bethmann Hollwegs Politik, sondern ein System, und Bethmann muß mit ihm fallen, weil er nicht vermocht hatte, sich aus seiner Umklammerung zu befreien.

Kein Krieg hat, wie dieser, die Massen des Volkes selbst in Bewegung gesetzt, und kein Mann kann in diesem Kriege wirklich führen, der nicht der Exponent einer Massenbewegung ist. Der einzelne, möge er noch so hoch gestellt sein, bedeutet wenig. Und eine Gruppe von einzelnen, die sich selbst für eine bevorzugte Kaste hält, kann in ihrer ungeschicklichen Annäherung über das Volk, dem sie vielleicht aus

bestem Willen zu helfen sieht, nur Verderben bringen. Der Obrigkeitstaat mit seiner führenden Junkerkaste kann die ungeheuren Aufgaben dieses Krieges nicht lösen, das vermag nur das Volk selbst.

Herr v. Bethmann hat noch zulezt getan, was er zuerst hätte tun müssen, er hat jene Wahlrechtsbotschaft erwidert, die zur unvermeidlich gewordenen Demokratisierung Preußens und damit Deutschlands den Grundstein legt. Mit dem preussischen Massenstaat fällt auch der deutsche Obrigkeitstaat. Will jemand den Versuch machen, ihn wieder aufzurichten?

Ein Kanzler nach dem Herzog derer, die am lautesten nach dem Sturz Bethmanns schreien, ist unmöglich. Gegen den Reichstag, gegen das Volk, gegen die Bundesgenossen kommt kein starker Mann auf. Erkranken und Verschwinden wäre für ihn eins. Aber welches Unheil durch dieses ausichtslose Experiment gestiftet werden könnte, ist nicht zu schildern.

Deutschland braucht einen Kanzler, der die zu spät gewonnenen Erkenntnisse Bethmanns schon als sicheres fertiges Produkt seiner politischen Denkarbeit mitbringt, einen Mann, der keine Bedenken mehr kennt, wo es zum Wohl des Volkes entschlossen zu handeln gilt. Einen, der sich mit beiden Füßen auf den Boden der neuen Zeit stellt, einen neuen Mann als Verkörperung eines neuen Systems. Dieser Mann muß den Beweis dafür erbringen, daß das Königtum der Hohenzollern das deutsche Volk nicht daran hindert, das freieste Volk der Welt zu sein!

Dazu gehört neben der sofortigen Durchführung der preussischen Wahlrechtsbotschaft, neben der Auflösung aller Fesseln, die der Kriegszustand um die staatsbürgerliche Freiheit geschlagen hat, die freimütige Anerkennung der deutschen Volksvertretung, des Reichstags, als entscheidenden Faktor der deutschen Reichspolitik.

Kein Kanzler ist möglich, der nicht fest zur Friedenspolitik des Reichstages steht.

Kein Kanzler ist möglich, der nicht die Wahlrechtsbotschaft vom 11. Juli zur schleunigen Durchführung bringt.

Kein Kanzler ist möglich, der nicht sein Amt mit der Erklärung übernimmt, er werde es nur so lange führen, als er sich auf das Vertrauen der deutschen Volksvertretung stützen könne.

Die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, alle ihre Kräfte herzugeben, um gemeinsam mit einer künftigen Regierung das Reich im Innern zum freiesten Staate der Welt auszubauen, und zugleich die Traglasten für einen dauernden Weltfrieden zu zimmern. Sie ist aber ebenso bereit, eine Regierung, die sie für das Unheil und das Verderben des Landes hält, mit rücksichtsloser Entschiedenheit zu bekämpfen. Rechts vom Wege liegt der Abgrund!

Besprechungen mit der obersten Heeresleitung.

Im Gebäude des Generalstabes fanden am Freitagmorgen Besprechungen der Parteivorsitzenden mit dem Generalstabschef u. Hindenburg und dem Generalquartiermeister Ludendorff statt. Von der sozialdemokratischen Fraktion nahmen die Genossen Ebert und Scheidemann teil. In einer fünfviertelstündigen Aussprache hatten unsere Genossen hinreichend Gelegenheit, ihre Auffassungen mit der gleichen Gründlichkeit vorzutragen, wie zuvor im Hauptauschuß des Reichstages.

Die Pflicht der Reichstagsmehrheit.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Der wilde Kampf gegen den Kanzler richtet sich gegen die Politik des Reichstages, der gerade im Begriff ist, seine Politik mit dem Willen der Reichstagsmehrheit zu identifizieren. So muß die Mehrheit feststellen, daß sie diese Politik unter allen Umständen festzuhalten entschlossen ist, mag der Kanzler heißen, wie er wolle; sie muß feststellen, daß künftig jede Regierung abtreten muß, wenn sie nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit findet, daß keine neue Regierung kommen darf, der nicht eine Mehrheit des Reichstages ihr Vertrauen erklärt. Der Reichstag kann das feststellen, wenn er will, und er muß wollen, jetzt mehr denn je. Nur er kann und darf sichern, daß die Gegner des Kanzlers, wenn sie den Sturz Bethmanns erreichen, etwa auch ihr politisches Ziel erreichen: einen Nachfolger nach ihrem Herzen, einen Mann der ideenlosen Reichspolitik nach außen und innen. Daß ein solcher Mann als Reichskanzler ein Unglück für Deutschland bedeuten würde, daß er die glücklich gewonnene Auslösung der Waffen mit dem Staate, das Vertrauen der Waffen zum Staate mit einem Schlag zerstören und uns dadurch geradezu unabsehbare Entwicklungen stellen müßte, das hätte niemandem zweifelhaft sein können. Der Reichstag kann uns davor sichern, wenn er jetzt wirklich eine feste Mehrheit schafft, er muß dem Volke und der Welt klar und deutlich zeigen, daß die Richtung der deutschen Politik von jetzt ab fest im Willen der Volksvertretung verankert ist, unabhängig von dem Wechsel der Personen. Das ist für ihn die Forderung der Stunde.

Hauptauschuß.

Der verhinderte Reichskanzler.

Den Vorsitz führte an Stelle des erkrankten Dr. Spahn Dr. Ebert.

Ebert (Soz.): Die Lage der Dinge sei leider noch nicht völlig geklärt. Die Reichsleitung habe noch nicht ihre endgültige Stellung zu unseren Kriegszielvorstellungen mitgeteilt. Daher beantrage er, die Verhandlungen abzugeben und den Vorsitzenden zu beauftragen, den Auschuß einzuberufen, sobald dies möglich sei.

Wasmuth (Dt. Fr.) lenkt die Aufmerksamkeit des Ausschusses darauf, daß in die Presse Mitteilungen — zum Teil unrichtige — über die vertraulichen Verhandlungen gekommen sind.

Reichstagspräsident Kaempf teilt mit: Der Abg. Erzberger habe in einem Schreiben empfohlen, der Präsident möge veranlassen, daß durch die Zensur jede Mitteilung über die vertrauliche Sitzung mit Ausnahme des amtlichen Berichts verboten werde. Dann legte er einen Bericht des Direktors des Reichstages, Herrn Geheimrat Jungheim vor, aus dem sich ergibt, daß alle Vorkehrungen getroffen seien, um Angehörige von der Ausbreitung fernzuhalten. Jedoch hätten sich auch Herren, die im Reichstage nicht bekannt seien, als Vertreter der Reichsleitung ein. So habe man ermittelt, daß Angestellte von Kriegsgesellschaften im Sitzungssaal anwesend waren.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Er habe gestern Abend Kenntnis von diesen Beschwerden erhalten und sofort alle Reichsstellen angewiesen, daß zu den Sitzungen außer den ständigen Bundesratsbevollmächtigten nur die ausdrücklich als Kommissare bestellten

Sturmerfolg an Höhe 304 — Gefechte an der Düna, bei Smorgon, an der Schtschara — Russische Angriffe an der Lomnica scheitern.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 13. Juli 1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

An der sandrischen und Artois-Front war in mehreren Abschnitten bei guter Sicht der Feuerkampf stark.

Feindliche Vorstöße östlich von Neuport, südöstlich von Hyern, bei Gulluch und südlich der Scarpe wurden zurückgeschlagen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Wieder war die Kampftätigkeit der Artillerie in der westlichen Champagne erheblich gesteigert; auch auf dem linken Maas-Ufer erreichte das Feuer abends große Festigkeit.

An der Höhe 304 nahmen Sturmtruppen in frischem Draufgehen die vom Feinde am 8. Juli zurückgewonnenen Gräben wieder. Die Besatzung wurde niedergemacht, ein Teil gefangen zurückgeführt. Die von uns in den Kämpfen am 28. Juni gewonnenen Stellungen in 4 Kilometer Breite sind einschließlich ihres Vorfeldes damit wieder voll in unserer Hand.

Trotz heftiger Gegenwirkung brachte ein Erkundungsvorstoß bei Brunay und Gewinn an Gefangenen und Beute.

Heeresgruppe Herzog Albrecht

Die Lage ist unverändert.

In zahlreichen Luftkämpfen verloren die Gegner 17 Flugzeuge, 2 weitere durch Abwehrfeuer.

Oberleutnant Ritter v. Lutschek, der am 12. Juli zwei feindliche Flugler zum Absturz brachte, errang gestern durch Abschuß eines Jasselballons den 16. Luftsieg.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern

An der Düna, bei Smorgon und an der Schtschara war die Gefechtsfähigkeit rege; auch westlich von Luch lebte sie infolge eigener Erkundungsvorstöße zeitweilig auf.

Südlich des Dnjestr sind an mehreren Stellen der Lomnica-Linie russische Angriffe zum Scheitern gebracht worden.

An der Front des Generaloberst Erzherzog Joseph und bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

drangen nach härterem Feuer mehrfach feindliche Aufklärungsabteilungen gegen unsere Stellungen vor; sie sind überall abgewiesen worden.

Wazedonische Front.

Oestlich der Ridsje Planina löste ein erfolgreicher bulgarischer Vorstoß örtliche Gegenangriffe der Serben aus; sie schlugen verlustreich fehl.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 13. Juli 1917, abends.

Der lebhafteste Feuerkampf in der West-Champagne dauert an.

Im Osten hat die Feuertätigkeit zwischen Błota Lipa und Karajowka zugenommen; südlich des Dnjestr ist die Lage bei kleinen Gefechten südlich von Kalusz unverändert.

Der österreichische Bericht.

Wien, 13. Juli 1917. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In Rumänien und bei der

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph

lebhafteste feindliche Aufklärungstätigkeit. An der Lomnica-Stellung wurden mehrere russische Vorstöße abgeschlagen. In Wolhynien lösten unsere Erkundungsabteilungen stellenweise reges Geplänkel aus.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Herren erscheinen sollen, die für die Verhandlungen notwendig seien.

Dittmann (Unabh. Soz.) wendet sich gegen den Vorschlag des Abg. Erzberger. Er sei grundsätzlich gegen die Zensur. Dr. Stresemann (natl.) spricht sich für die Ansetzung Erzbergers aus. Abg. Erzberger (Soz.): Auch ihm sei es unangenehm, die Zensur in Anspruch nehmen zu müssen; es gebe aber keinen andern Weg, die Mißstände zu beseitigen.

Abg. Ebert (Soz.): Alle würden wohl darin einig sein, daß mit den Mitteilungen über die Auschußverhandlungen Unfug getrieben wurde. Auf dem von Erzberger empfohlenen Wege könne aber schon deshalb nicht der gewünschte Erfolg erreicht werden, weil derartige Mitteilungen nicht nur in einem Bericht über die Auschußverhandlungen enthalten sein können, sondern auch in Leitartikeln und sonstigen Notizen, und dies könne man doch nicht verbieten. Nötiger sei es, eine nachdrückliche Mahnung an die Presse zu richten, solche Mitteilungen nicht zu bringen.

Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte

Scheidemann (Soz.): Wir haben nicht zu wenig Zensur, sondern zuviel vertrauliche Sitzungen. Uebrigens sei die Aufregung nicht verurteilt worden durch Mitteilung vertraulicher Tatsachen oder Zahlen, sondern durch tendenziös gefärbte Stimmungsberichte.

Dann lehnte die Verhandlung zu dem Antrag Ebert auf Vertagung zurück.

Dittmann (Unabh. Soz.) wendet sich gegen den Vorschlag. Ebert habe als Mundstück der Regierung gesprochen. Seiner Partei seien die Absichten der Regierungen und die Verhandlungen mit den Regierungen nicht bekannt. Zunächst sollten hierüber Mitteilungen gemacht werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Abg. Ebert habe nicht als Mundstück der Regierung gesprochen; über das nötige Mundstück verfügte die Regierungsbotschafter selbst.

Ebert (Soz.) stellt fest, daß seine Partei an die Reichsleitung bestimmte Forderungen gerichtet habe und Wert darauf legt, zu erfahren, welche endgültige Stellung die Reichsleitung dazu nehme. Diese Erklärung der Regierung siehe noch aus; sie müßte abgegeben werden, bevor man fortfahren könne, zu verhandeln. Er habe seinen Antrag auf Vertagung deshalb gestellt, weil der Kanzler erklärt habe, daß er jetzt noch nicht in der Lage sei, über die Stellung der Reichsleitung zu unseren Forderungen bezüglich der Kriegszielvorstellungen eine endgültige Erklärung abzugeben.

Schiffer (natl.) verlangt Auskunft, wo der Reichskanzler die Erklärung abgeben wolle. Wenn er es nicht im Auschuß zu tun gedenke, könne ja der Auschuß seine Verhandlungen abschließen.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Nach dem, was hier verhandelt werden sollte, hätte der Herr Reichskanzler keine Veranlassung, in die heutige Sitzung zu kommen, zumal er durch andere wichtige Arbeiten in Anspruch genommen ist.

Die Vertagung wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und einiger Konservativer beschlossen.

Stockholm.

Stockholm, 12. Juli. (Fig. Drahtber. d. „Vorwärts“.) Die Abordnung des altschwedischen Arbeiter- und Soldatenkongresses stellt mit Bedauern fest, daß sie die Mitarbeit der Internationalen sozialistischen Kommission in Bern für die Vorbereitungsarbeiten der allgemeinen Konferenz nicht erlangen konnte. Die Abordnung hielt sich für verpflichtet, die Hilfe dieser Kommission zu sichern, nicht allein, weil ihr Mandat dahin lautete, sondern auch, weil alle sozialistischen Parteien, die ihre Tätigkeit in Rußland entwickeln, der Zimmerwalder Union angeschlossen sind.

Uns erschien die Teilnahme der Berner Kommission an der Vorbereitung der Allgemeinen Konferenz um so notwendiger, als eine beträchtliche Anzahl der großen Parteien in Rußland und im Ausland der Berner Kommission angehören und ihren Wunsch dahin geäußert haben, an der vom Arbeiter- und Soldatenrat vorgeschlagenen Konferenz teilzunehmen. Wie dem auch sei, die gegenwärtig durch vier in Stockholm anwesende Mitglieder gebildete Berner Kommission hat die Teilnahme an den Vorbereitungsarbeiten zurückgewiesen, ohne im übrigen die eventuelle technische Hilfeleistung für die Abordnungen zu verweigern.

Die Zimmerwalderkonferenz, auf der die Frage der Teilnahme an der Allgemeinen Konferenz beraten wird, findet fünf Tage vor Zusammentritt der letzteren statt.

Laut „Daily Chronicle“ beschlossen die Vertreter der Seemannsverbände, trotz der Bemühungen des Auswärtigen Amtes, die Reise Macdonalds und Jovettis nach Rußland auch weiterhin zu verhindern.

Tscheidse an die amerikanischen Sozialisten.

Stockholm, 13. Juli. Der Stockholmer Mitarbeiter des „Handelsblad“ vernimmt von offizieller russischer Seite, daß Tscheidse, der Vorsitzende des Rates der Arbeiter- und Soldaten-Abgeordneten, das folgende dringende Telegramm an die amerikanische national-sozialistische Partei in New York gesandt hat:

„Der Arbeiter- und Soldatenrat hofft entschieden, daß die amerikanische Partei, die seit Beginn des Krieges die Einberufung einer internationalen Konferenz beantragt hat, ihren Vertreter zur Konferenz des Arbeiter- und Soldatenrates entsenden wird.“

Dieses Telegramm ist das erste Resultat der Uebereinstimmung der russischen Abordnung mit dem niederländisch-skandinavischen Ausschuß. In eingeweihten Kreisen Stockholms hält man den Zustand für außergewöhnlich günstig.

Der Standpunkt der skandinavischen Sozialisten.

Stockholm, 11. Juli. In einer Unterredung, die wir mit den hier eingetroffenen skandinavischen Sozialdemokraten Buchhändler Joris Antwerpen und Redakteur Primo Gent hatten, vernahmen wir das Folgende:

Als man bei uns von der geplanten Stockholmer Konferenz hörte, setzten die Erörterungen über die Möglichkeit des Friedens mit neuer Kraft ein, und natürlich wurde auch viel über die Beschickung der Konferenz gesprochen. Der Krieg hat unsere inneren Parteiverhältnisse völlig durcheinandergebracht, politische Zusammenkünfte sind verboten, so daß die Anrufung des nach dem belgischen Parteistatut allein zuständigen Forums, nämlich des vom Regionalrat einzuberufenden Kongresses nicht möglich war. Infolge dieser Verhältnisse können auch Wanderbeide und die Bruderschaft keinesfalls als Vertreter der belgischen Sozialdemokratie in Stockholm gewesen sein. Die wallonischen Sozialisten wünschen, jede nicht unbedingt nötige Verührung mit den deutschen Okkupationsbehörden zu vermeiden und sie weisen es unbedingt von sich, an diese Behörden um die Genehmigung eines Kongresses oder um die Parteiteilnahme heranzutreten. Es ist vielleicht die Mehrheit der belgischen Sozialdemokratie, die auf diesem Standpunkt steht. Aber bei uns in Flandern ist eine starke Stimmung dafür vorhanden, nach Stockholm zu gehen, auch Ansele wäre dazu geneigt, er unterläßt es aber aus Parteidisziplin. Möglicherweise wird er kommen, sobald die Entente-sozialisten reisen können. Wir selbst dachten nach den Teilungsmedien gerade zum Konferenzbeginn zurechtzukommen, haben erst unterwegs und hier erfahren, daß wir viel zu früh gekommen sind, und wollen wieder nach Hause, sobald Fuzsmans uns ermöglicht haben wird, ihm unser Memorandum zu übergeben.

Ueber die flämische Frage selbst erklärten uns die beiden Parteigenossen:

Das deutsche Generalgouvernement hat die Verwaltungstrennung nach dem flämischen und französischen Sprachgebiet durchgeführt und die flämische Hochschule in Gent errichtet, die eine alte Forderung unserer Volksgenossen ist. Die beiden Sprachgebiete sind scharf voneinander getrennt durch die Linie Dünkirchen—Lachen. Beträchtliche Minderheiten der einen Nation im Gebiete der anderen sind nicht vorhanden, so daß eine Komplikation nach dieser Richtung nicht besteht. Die Flamen sagen: Wir verlangen nichts von den Deutschen, sondern nur, was die belgischen Gesetze uns schon lange vor dem Kriege versprochen haben. Ein belgisches Gesetz befreit die Haager Konvention für den Landkrieg, wonach die ein Gebiet besetzende Macht die Funktionen der eigenen Regierung ausüben darf; wir können also weder eine Schande noch ein Verbrechen darin sehen, wenn wir bei den deutschen Behörden bestehende belgische Gesetze durchsetzen. Was Berlin macht, haben wir flämischen Sozialisten weder zu beantworten noch zu betreiben, uns kümmern nur die Interessen des flämischen Proletariats.

Geschiedlich waren in Belgien beide Nationen gleichberechtigt und jeder Staatsbeamte sollte die Kenntnis beider Sprachen vor seiner Ernennung nachweisen. Aber während einer, der nicht französisch konnte, nicht angestellt wurde, genügte für die wallonischen Bewerber das Herjagen einiger flämischer Gesprächsformeln. Die Folge war, daß fast alle Beamter wallonisch waren, was wiederum zur Franzöisierung auch der flämischen Städtebevölkerung und der zumwandernden Bauernkinder führte.

Wenn nun nach dem Friedensschluß alles beim Alten bleiben sollte, so kann sich aus dem Wettbewerb um den Einfluß in Belgien zwischen den angrenzenden Großmächten — denn Deutschland hat in diesem Kriege begreifen gelernt, was der bis auf die antiniederländische Revolution von 1830 zurückzuführende und planmäßig verstärkte französische Einfluß in Belgien bedeutet — in nicht zu fernher Zeit ein neuer Zusammenschlag ergeben. Die deutschen Annektionisten fordern heute als

Gegenüber dem gegen den französischen Einfluss im waldonischen Belgien die Angliederung Belgiens an Deutschland und erschweren dadurch nach der Meinung weitestreichender Vorkämpfer den Weg zum endlichen Friedensschluss. Ist aber die Trennung Belgiens in zwei völlig autonome Gebiete durchgeführt und des holländischen nationalen Existenz gesichert, so fällt das Argument für jede annektionistische Forderung, sie sei zur Sicherung Deutschlands nötig, fort. Es ist also die Regelung der flämischen Frage nach dieser Richtung im künftigen Friedensvertrag notwendig als eine Bürgschaft des dauernden Friedens, auf den alle Anstrengungen gerichtet werden müssen.

Die Forderungen Finnlands.

In einem ausführlichen Gutachten, das der finnische sozialdemokratische Parteivorstand und die sozialdemokratische Landtagsfraktion dem holländisch-schwedischen Komitee überreicht haben, wird gefordert, daß Finnlands Stellung beim Friedensschluss geordnet werden soll. In dem umfangreichen Schriftstück werden folgende Thesen aufgestellt, die die Berechtigung der Unabhängigkeit Finnlands darlegen sollen:

1. Finnland besitzt schon jetzt ein eigenes staatliches Dasein, was die übrigen Völker im russischen Reich nicht besitzen. Es hat eigene Gesetzgebung, eigene Regierungsform, eigenes Zoll- und Münzwesen und eigene Staatsfinanzen.

2. Die ganze geschichtliche Entwicklung Finnlands ist eine andere als diejenige von Rußland. Während das russische Volk von Einflüssen teils aus dem Süden (Byzanz), teils aus dem Osten (von den Tataren) bestimmt wurde, hat Finnland seit dem Anfang seiner Geschichte und bis heute einen nahen Zusammenhang mit dem zentralen und westlichen Europa gehabt. Seine gesellschaftliche Ordnung stammt aus dem Westen und ist vom finnischen Volke während harter Kämpfe gegen die asiatisch-despotischen Prinzipien bis heute treu bewahrt worden. Die Religion ist eine andere als diejenige der Russen, die Sprache eine andere, und auch die Denkweise des finnischen Volkes weicht erheblich von derjenigen der Russen ab. Das finnische Volk besitzt ein starkes nationales Selbstgefühl, und es weigert sich unbedingt, sich als eine den Russen untergeordnete Nation zu betrachten. Besonders hat das allgemeine Stimmrecht unter dem Volke ein lebhaftes Interesse für seine Lebensfragen und die Entschlossenheit, diese Interessen zu verteidigen, erweckt.

Wenn das finnische Volk noch mit Rußland verbunden bleibt, beruht diese Verbindung nur auf äußerem physischen Zwange.

3. Das finnische Volk fühlt sich unsicher, so lange ein anderes Volk das Recht besitzt, die finnischen Angelegenheiten zu entscheiden.

4. Weil Finnland auch bis jetzt die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht beeinflusst hat und auch kein Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der äußeren Politik besitzt, werden aus der Abtrennung Finnlands von Rußland keine Schwierigkeiten entstehen.

5. Die internationale Demokratie hat ein Interesse daran, daß ein Land, welches bisher eine Beute der imperialistischen Politik einer Großmacht gewesen, aber selbst eine derartige Politik weder betreiben will noch kann, aus der Abhängigkeit von diesem Imperialismus gelöst wird. Dieser wird dadurch geschwächt und der Kampf gegen den Imperialismus wird insofern in anderen Ländern erleichtert.

Den Schluss bilden folgende Ausführungen: Auf die zahlreichen Resolutionen hinweisend, wodurch die internationale Sozialdemokratie sowohl während des Krieges als zuvor das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefordert hat, fordert das finnische Proletariat seine Brüder in anderen Ländern auf, die Regierungen zu veranlassen, in Hinsicht auf Finnland das Prinzip der Volkssouveränität anzuwenden, welches diese Regierungen, unter anderen die russische, für das leitende Prinzip ihrer Politik ausgehen.

Die Rechte des finnischen Landtags.

Petersburg, 12. Juli. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Aus Helsingfors wird gemeldet: Der Gesetzentwurf über die höchsten Rechte des Landtages wurde von diesem in zweiter Lesung angenommen. In dem Gesetz werden die russischen Souveränitätsrechte und Interessen nicht erwähnt. Das Gesetz stellt eine Umschreibung der letzten Entscheidung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands über die finnische Frage dar, nur mit dem Unterschied, daß der Grundgedanke der Unabhängigkeit Finnlands darin klarer ausgedrückt ist. Das Gesetz erwähnt auch nicht den Generalgouverneur von Finnland als Vertreter Rußlands, noch seine Rechte oder Verbindlichkeiten. Eine Ausnahme wird nur gemacht hinsichtlich der auswärtigen Beziehungen und der militärischen Fragen, aber nur in sehr beschränktem Ausmaß.

Die dritte Lesung des Gesetzes und seine Annahme werden, wie man annimmt, am Sonnabend stattfinden.

Wahlkämpfe der Sinnfeiner.

Aus London wird gemeldet: Der Tod des irischen Abgeordneten Patrick O'Brien, der lange Zeit die Stadt Kilkenny vertrat, hat die Sinnfeiner von neuem Anlaß, alles zur Gewinnung dieses Sitzes zu versuchen. Valera, der von den Sinnfeinern in East Clare aufgestellt und soeben mit starker Mehrheit gewählt wurde, erklärte einem Korrespondenten des „New York Herald“: „daß sein Wahlergebnis bedeute, daß das irische Volk Redmond endgültig den Rücken gekehrt und sich den Sinnfeinern angeschlossen habe.“

Zu dem Siege Valeras wird uns von Dr. Georges Chatterton-Hill, dem Generalsekretär der Deutsch-Irischen Gesellschaft, geschrieben: „Wieder bringt uns eine Reuter-Depesche die Nachricht von einem großen Wahlsieg der Sinnfeiner in Irland. Edward Valera, der wegen aktiver Anteilnahme an der Erhebung von 1916 zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt und vor kurzem durch die Amnestie wieder in Freiheit gesetzt wurde, ist mit einer Mehrheit von 8000 Stimmen in East Clare gegen den Kandidaten der alten Nationalisten (Redmond-) Partei gewählt worden. Die Parlamentswahl in East Clare ist die dritte in Irland in diesem Jahre. Alle drei haben mit einem entschiedenen Siege der Sinnfeiner geendet. Die große Bedeutung des republikanischen Sieges in East Clare erhellt schon aus der Tatsache, daß der genannte Wahlbezirk seit einem Vierteljahrhundert von William Redmond, dem Bruder John Redmonds, im englischen Parlament vertreten wurde. William Redmond ist als Offizier des britischen Heeres und Verräter an der irischen Sache in Irland gefallen und als seinen Nachfolger wählte East Clare, diese Hochburg der Nationalisten, einen vom englischen Kriegsgericht verurteilten Sinnfeiner.“

Bereits anlässlich der Wahl des Grafen George Bluntell in North Devon am 3. Februar d. J. erhob die gesamte englische Presse einen Alarmruf, der noch gesteigert wurde, als am 9. Mai der ebenfalls zu langjährigem Gefängnis verurteilte Joseph Mc Guinness in Süd Longford gewählt wurde. Schon damals erklärte der „Manchester Guardian“: „Der Sieg des Sinnfeiner in Süd Longford sei das Äquivalent einer ersten britischen Niederlage an der Front.“ Der Sieg in East Clare bildet womöglich eine noch ernstere Niederlage für England.

Zwischen der Wahl in Süd Longford und derjenigen in East Clare hat Lord George seinen Konferenzvorschlag gemacht. Das

Wahlergebnis in East Clare gibt dem englischen Ministerpräsidenten die klare, unzweideutige Antwort des irischen Volkes, welches in die Falle, die ihm Lord George gestellt hat, nicht hineingefallen wird, sondern nach wie vor — und nachher vielleicht mit sogar noch größerer Bestimmtheit wie vorher — seinen Willen kundgibt, sein unantastbares Recht auf Selbstbestimmung nicht beschadern zu wollen.

Nach den letzten Meldungen soll die Internationale Sozialistenkonferenz Mitte August in Stockholm stattfinden. Der Wahlsieg der irischen Republikaner in East Clare ist eine ernste Mahnung an dieselbe, die berechtigten Ansprüche der vom britischen Imperialismus unterjochten irischen Nation nicht zu übersehen. Keine Möglichkeit besteht, die aufeinanderfolgenden Wahlsiege der irischen Republikaner als Ergebnis „deutscher Anreize“ hinzustellen. Solche Wahlsiege lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, was die Aspirationen der irischen Nation sind. Diese Mehrheit fordert für Irland das Recht, als selbständige Nation an dem zukünftigen Friedenskongress teilzunehmen und sein Schicksal selbst zu bestimmen.

Sühne für Mesopotamien.

Der Staatssekretär für Indien, Chamberlain, hat während der Debatte des Unterhauses über die Vorgänge in Mesopotamien seinen Rücktritt bekanntgegeben. Während dieser Debatte machte Balfour die Mitteilung, daß auch Lord Hardinge, der damals Untersekretär von Indien war und jetzt permanenter Sekretär des Ministeriums des Auswärtigen ist, zweimal um seine Entlassung gebeten habe. Balfour jedoch die Genehmigung der Gesuche auf Grund der wertvollen Dienste Hardinges um das Ministerium des Auswärtigen nicht erteilt habe.

Die Ursache des Sturzes Chamberlains, der ein Sohn des berühmten Schutzherrn ist, waren die niederschmetternden Entschlüsse über die erste, unglückliche Expedition in Mesopotamien. Die parlamentarische Kommission deckte mit schonungslosem Freimut die unzureichende Vorbereitung des Feldzuges durch die indische Regierung und die Mißstände beim Nachschub und im Sanitätswesen auf. Mißstände, durch die England 20 000 Mann besserer Truppen verlor. Chamberlain ist das Sühnopfer.

Kabinettswechsel in Persien.

Konstantinopel, 10. Juli. (B. L. W.) In Besprechung der Bildung des neuen persischen Kabinetts unter Reza Bey ul-Memalik mit dem Präsidenten Ali-es-Saltanah als Minister des Innern erinnert Ferduschman-i-Hakikat daran, daß der neue Premierminister, der wegen seines aufrichtigen Charakters und Patriotismus großen Ruf besitze, das erste Mal während des Krieges gestürzt worden sei, als er das Land aus der englisch-russischen Knechtschaft befreien wollte. Heute, da infolge der Ereignisse in Rußland die persischen Patrioten neuerlich den Zeitpunkt der Befreiung gekommen erachten, habe Mostofi zum zweiten Male aus Rußland gelangen können. Seine Persönlichkeit deutet genugsam die Politik an, welche Persien verfolgen wird. Auch die Türkei wünscht, daß Persien der russisch-englischen Knechtschaft ein Ende bereite und ein unabhängiges Land werde.



Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 12. Juli. Amtlich. Neue U-Boot-Erfolge in der Biscaya und im englischen Kanal: 24 000 Br.-R.-T.

Unter den bewaffneten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer Abdah (4397 T.) mit Stückgut von Kanada nach Cherbourg, bewaffneter französischer Dampfer Beaur (1271 T.) mit Stückgut von Dakar nach Bécamp, die französischen Segler Alexandre mit Holz von Lagos nach Bécamp, La Tour d'Argon mit Fischladung nach La Rochelle, portugiesischer Dampfer Cabo Verde (2220 T.) mit Lebensmitteln für die französische Militärverwaltung in Bordeaux. Die Ladungen der übrigen Schiffe befanden, soweit sie festgestellt werden konnten, aus Kohlen, Erz und Erzküpfen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kopenhagen, 12. Juli. „Verlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Aus Nordschweden wird berichtet, daß in den dortigen Gewässern deutsche U-Boote tätig seien. Gerüchthweise wird gemeldet, es seien mehrere Dampfer aufgebracht worden, darunter der schwedische Dampfer Korraland. Ein deutsches U-Boot hielt gestern den Svedadampfer Karl von Linne an. Der Dampfer erhielt jedoch nach Untersuchung der Schiffsdokumente Erlaubnis zur Weiterreise.

Kopenhagen, 13. Juli. Die dänische Regierung hat durch die dänische Gesandtschaft in Berlin gegen die Verletzung des dänischen Notorschonens Zwang Protest einlegen lassen.

Berlin, 13. Juli. Amtlich. Unsere Seeflugzeuge haben am 12. Juli abends in den Hasden (Südl. Ostsee) den holländischen Segler Agida, mit Mannware nach Le Havre bestimmt, als Prise aufgebracht. Das Fahrzeug wurde später von unseren Torpedobooten nach Seebrügge eingeholt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Reichstag.

Fragen und Antworten.

Die sehr kurze Sitzung des Reichstags am Freitag wurde fast nur von Anfragen und ihrer Beantwortung durch die Regierungsvertreter ausgefüllt. Die beiden Gesetzentwürfe über die Kriegsgefangenenfürsorge und die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte, deren zweite Lesung vorgesehen war, wurden wegen immerer Schwie-

rigkeiten, die nicht so schnell hatten behoben werden können, von der Tagesordnung abgesehen; der Bericht des Bevölkerungsausschusses über die Geschlechtskrankheiten im Heere wurde nach unfruchtlicher Debatte angenommen.

Auf die große Frage des Tages wurde am Freitag nicht nur keine Antwort gegeben, sie wurde ins Ungewisse hinein vertagt. Der Präsident des Reichstags erbat und erhielt die Erlaubnis, die nächste Sitzung und ihre Tagesordnung nach eigenem Ermessen festzusetzen. Das bedeutet, daß die innere Krise des Deutschen Reiches noch feinerlei Lösung gefunden hat. Sie nimmt ihren verworrenen Lauf vorläufig weiter durch die offiziellen und inoffiziellen, durch die fraktionellen und interfraktionellen Besprechungen. Erst wenn dadurch die nötige Klärung, im guten oder im schlechten Sinne, erzielt worden ist, wird das Plenum des Reichstags wieder zusammentreten. Die meisten Abgeordneten sind im Hinblick auf die Unsicherheit der Lage mit sehr gemischten Empfindungen nach Hause gereist. Hoffentlich können sie möglichst bald nach Berlin zurückkehren und auf die ernsteste und bedeutungsvollste Frage, die ihnen je gestellt worden ist, und an der das ganze deutsche Volk mit dem leidenschaftlichsten Interesse Anteil nimmt, eine Antwort geben, mit der das deutsche Volk zufrieden sein kann.

Der Ältestenausschuss des Reichstages trat heute vor der Vollversammlung zusammen, um über die Geschäftslage zu beraten. Man einigte sich dahin, daß heute nach Erledigung der Tagesordnung der Reichstag vertagt werden soll. Der Präsident soll ermächtigt werden, die nächste Sitzung anzuberaumen, aber nicht vor Donnerstag nächster Woche.

Die Ältesten berieten auch die Frage der größeren Geheimhaltung der Vorgänge in den vertraulichen Sitzungen des Haushaltsausschusses und beschloßen, eine Kommission einzusetzen, in die von jeder Fraktion ein Mitglied entsendet wird. Unter dem Vorsitz des Präsidenten und unter Zuziehung eines Vertreters des Reichsamts des Innern sollen dort Maßnahmen beraten und beschloßen werden, die eine größere Geheimhaltung der Vorgänge in den vertraulichen Sitzungen sicherstellen.

Die Berliner Kohlenhändler

über die Regelung der Kohlenverteilung.

Eine sehr stark besuchte Versammlung von Kohlenhändlern, einberufen vom „Verband der Vereine selbständiger Holz- und Kohlenhändler Berlins und Umgegend“, nahm gestern Stellung zu der Kohlenverordnung.

Verbandssekretär Dame schilderte in seinem Referat die Unzulänglichkeit der Kohlenverteilung, die wir im letzten Winter erlebt haben. Er begrüßte es, daß jetzt eine Regelung kommt, hob aber manche Schwierigkeiten der Durchführung hervor. Die zurzeit sehr stürmische Nachfrage nach Brennholz erklärte er aus Hampterei, die hauptsächlich durch den Wunsch einer Ersparnis der am 1. August in Kraft tretenden Kohlensteuer veranlaßt werde. Angenommen wurde eine Entscheidung, in der es unter anderem heißt: „Die Versammlung erhofft von der Tätigkeit des Herrn Reichskommissars für die Kohlenverteilung, daß ganz besonders für den Hausbrand genügend Kohlen herangeschafft werden. Sie schließt sich der Auffassung des deutschen Städtetages durchaus an, daß die Versorgung der Städte mit Kohlen ebenso wichtig ist als die Versorgung mit Lebensmitteln. ... Sie sieht sich im Hinblick auf die Verhältnisse des vergangenen Winters veranlaßt, die Kohlenabteilung der Kriegsamtsstelle in den Marken dringend zu bitten, neben der eigentlichen Regelung der Kohlenverteilung ihre besondere Aufmerksamkeit den dem Kohlenhandel unentbehrlichen Transportmitteln zuwenden zu wollen.“ Die Entscheidung spricht auch die Erwartung aus, daß die Kohlenhändler sich den Vorschriften der Kohlenverordnung willig fügen werden.

Außerkurssetzung der Zweimarkstücke.

Mit der angekündigten Außerkurssetzung der Ridel- und Silbermünzen wird jetzt begonnen. Der Bundesrat hat gestern die Außerkurssetzung der Zweimarkstücke beschlossen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Entlassung gefangener Kriegsinvaliden in die Heimat. Von österreichischer Seite wird amtlich mitgeteilt: Das Kriegsministerium hat den zuständigen russischen Stellen den Vorschlag übermitteln lassen, es möchten diejenigen im neutralen Auslande untergebrachten Angehörigen beider Armeen, welche als Invaliden anzusehen sind, ganz in die Heimat entlassen werden. Die russische Regierung hat diesen Vorschlag angenommen. Es ist demnach damit zu rechnen, daß eine größere Anzahl bereits in Norwegen und Dänemark Hospitalisierter in die Heimat entlassen werden.

Letzte Nachrichten.

Der finnische Eisenbahnerstreik.

Kopenhagen, 13. Juli. „Verlingske Tidende“ meldet aus Haparanda: Der drohende finnische Eisenbahnerstreik ist beigelegt worden, da dem Lokomotivpersonal die geforderte Lohn-erhöhung bewilligt worden ist.

Hilquit an Tschaidse.

Bern, 13. Juli. Nach einer Meldung des „Matin“ ammontete Hilquit auf Tschaidse Telegramm, die Sozialistenpartei der Vereinigten Staaten sei immer bereit gewesen, mit den sozialistischen Vertretern anderer Länder zu einer Konferenz zusammenzutreten, und nehme die Einladung gern an, falls die Regierung der Vereinigten Staaten die Reise zulassen werde.

Liberia.

Basel, 13. Juli. Nach einer Information Reuters aus London, beschloß die Regierung der Republik Liberia die Entfremdung aller Deutschen und die Liquidation aller deutschen Geschäfte. Der Präsident der Republik ordnete an, die Deutschen möchten sich bereithalten, unverzüglich abzureisen und er verbietet den Liberianern Amerikanern und Ausländern, das Amt von stellvertretenden Leitern der deutschen Unternehmungen zu übernehmen. Der spanische Konsul protestierte energisch gegen diesen Beschluß, wobei er erklärte, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen keineswegs zur Annulierung des Handelsvertrages Liberias mit Deutschland führe.

Der Präsident wird das Parlament auf den 16. Juli zur Besprechung der Kriegserklärung an Deutschland einberufen.

Südl. und nördl. des Dnjepr.

Wien, 13. Juli. Amtlich. Amtlich wird verkündet: Südl. von Kalusz Kämpfe östlicher Natur. Nördl. vom Dnjepr Aufleben der russischen Artillerietätigkeit.

Ernährungsfragen vor der Berliner Gewerkschaftskommission.

In einer Sitzung der Gewerkschaftskommission, die am Donnerstag abgehalten wurde, wurde zunächst der Geschäfts- und Kassenbericht und der Bericht des Arbeitersekretariats über das Jahr 1916 gegeben. Mit Rücksicht darauf, daß die Berichte gedruckt vorliegen und im „Vorwärts“ bereits das wesentliche aus dem Bericht mitgeteilt ist, beschränkten sich die Sekretäre A. Körten, W. Ritter und G. Vink auf einige erläuternde Ausführungen. Es folgten dann die Vorschläge zum Ausschuss der Gewerkschaftskommission. Gewählt wurden Rich (Bauhand), Czoch und Albrecht (Graphisches Gewerbe), Mäkel (Zerlegungsgewerbe), Schulz und Hauptmann (Textilindustrie), Raab (Holzindustrie), Cohen (Metallindustrie), Hodapp (Nahrungsmittelgruppe), Uthes (Handelsgewerbe) und Münner (Verschiedenes). Die Gewählten bilden zusammen mit den vier Sekretären Körten, Ritter, Vink und Brüdner den Ausschuss. Zu Referenten wurden Schuldt, Schmidt und Schade gewählt.

Ernährungsfragen der arbeitenden Bevölkerung betraf die nächste Punkt der Tagesordnung. Die großen Ernährungschwierigkeiten haben die Holzarbeiter und die Buchdrucker veranlaßt, sich mit Anträgen an die Gewerkschaftskommission zu wenden, in denen verschiedene Schritte zur schleunigen Abhilfe verlangt werden.

Th. Glöde nahm zur Begründung des Antrages der Holzarbeiter das Wort. Er ging auf die Entwicklung der Ernährungsnot hin, die er als verheerend bezeichnet, und verweist auf die schlimmen Zustände, die sich im Winter in Berlin entwickelten. Über auch nach Beendigung des Frostes sei es mit der Kartoffelverföhrung u. a. nicht besser geworden. Die erfolgten Beschlagnahmen schienen mangelhaft gewesen zu sein. Man könnte von einem vollständigen Verlegen der Ernährungsnot sprechen. Auch die weiteren Mittel, die angewendet seien, um die Städte zu versorgen, hätten nicht gebracht, was man erwartete. Entweder seien sie nicht mit der nötigen Energie angewendet worden, oder dem Ernährungsminister Reichels händen Widerstände entgegen, die er nicht brechen könne. Jetzt gebe es keine Kartoffeln, und Obst und Gemüse seien der großen Masse nicht zugänglich. Wo Gemüse sei, versorgten sich erst einmal die Geschäftsleute untereinander und vielleicht ein paar gute Stunden. Eine Frau, die keine besonderen Beziehungen habe, wisse nicht, was sie kochen solle. Die arbeitende Bevölkerung leide sehr stark. Die Krankheitsfälle vermehrten sich. Wenn gesagt werde, es sei nichts da, so wäre darauf zu erwidern, daß noch dauernd unter der Hand verkauft werde. Mit der nötigen Energie und bei entsprechenden Maßnahmen hätten sicherlich auch mehr Nahrungsmittel für Groß-Berlin herangeschafft werden können. Es fehle an einer durchgreifenden Neuorganisation der Organisation. In die Organisation des Kriegsernährungsamtes müßten Arbeiter als stimmberechtigte Mitglieder aufgenommen werden, also auch zur Beschlussfassung über Beschlagnahmen, damit alles erfasst werde, was für die Großstadt notwendig sei. In gleicher Weise seien dem Kommissar für Preußen Arbeiter zur Seite zu stellen.

Albrecht sprach für den Antrag der Buchdrucker, indem er, wie Glöde, auf die Ernährungsfragen und auf die Möglichkeiten einer besseren Regelung einging. Für die Buchdrucker läme die Stellung ihres Antrages noch besonders in Betracht, daß sie keine Rüstungsarbeiter seien und daß deshalb sie und ihre Angehörigen noch ganz besonders unter der Misere zu leiden hätten. In den bestehenden Ausschüssen müßten neben Rüstungsarbeitern auch andere Arbeiter vertreten sein.

Körten teilte mit, daß sich der Ausschuss der Gewerkschaftskommission auf die Anträge der Holzarbeiter und Buchdrucker ebenfalls mit der Angelegenheit beschäftigt, sich im Interesse der Arbeiterschaft Groß-Berlins der Sache angenommen und die Vertreter im Lebensmittelaußschuß beauftragt habe, beim Staatskommissar für die Ernährungsfragen in Preußen energisch vorstellig zu werden.

Hodapp Cohen bemerkte u. a.: Im Arbeiterausschuss für die Ernährungsfragen in Groß-Berlin sitzen neben Arbeitern aus der Rüstungsindustrie auch Arbeiter aus andern Industrien, so daß die Kommission jetzt als Vertretung der gesamten Arbeiterschaft Groß-Berlins gelten kann. Auch im Oberausschuss, der auf Grund einer Verfügung des Staatskommissars Reichels ins Leben getreten ist, sind Arbeiter vertreten und die Zusammenfassung ist so, daß sie als gut bezeichnet werden dürfte.

Als Anfang Juli keine Kartoffeln kamen, bot sich der Arbeiterausschuss für die Ernährungsfragen in Groß-Berlin mit Herrn Staatskommissar Reichels in Verbindung gesetzt. In einer Sitzung am 11. Juli wurde mit allem Nachdruck und aller Deutlichkeit die Situation dem Herrn geschildert und es wurde auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die die Kommission befürchtete. Der Kommission wurde darauf erklärt, es werden 119 000 Zentner Graupen und sonstige Nahrungsmittel Groß-Berlin zur Verfügung gestellt werden. Auch wurde das Verlangen der Kommission nach einer anderweitigen Regelung der Brotverteilung in Groß-Berlin als berechtigt anerkannt. In Aussicht gestellt wurde, daß wieder das Quantum Brot, das wir vor dem 16. April hatten, nämlich 1900 Gramm, voll zur Verfügung gestellt werden soll, und zwar voraussichtlich vom 15. August ab, zunächst als ein Provisorium, bis sich nach Feststellung des Ergebnisses der neuen Ernte die Brotmenge feststellen läßt, die gegeben werden kann, das wohl nicht unter 1900 Gramm sein werde. Alle gegen Krankheit verschärfungspflichtigen Arbeiter und Arbeiterinnen sollen zu den 1900 Gramm einen Zuschlag von 350 Gramm erhalten, so daß für diese das Quantum 2250 Gramm wöchentlich

betragen werde. Entsprechende Mitteilungen dürfen die Kommission und die Vertreter im Oberausschuss in den nächsten Tagen erwarten. Am 15. August wird das halbe Pfund Zusatzfleisch wegfallen, das ja als Ersatz für mangelnde Kartoffeln gedacht war. Bis dahin aber wird die Zufuhr von genügenden Kartoffelmengen geregelt sein. — Der Kommission wurde ferner noch erklärt, daß man glaube, durch schärferes Zufassen von vornherein für die Zukunft genügende Mengen Lebensmittel sichern zu können, um bis zur Ernte mit der Lebensmittelversorgung durchzukommen.

Schmidt vom Handlungsgewerband trat für die Angefallenen ein. Auch sie müßten in die Verteilung von Zusatzforten mit einbezogen werden. Sie dürften dabei nicht ausgeschlossen werden, wie es offenbar beabsichtigt sei.

Körten bemerkte, die Angefallenen seien nicht in die bevorstehende Neuorganisation der Zusatzforten hineingenommen worden, weil man auf das vorhandene Quantum Rücksicht nehmen mußte. Nach einer weiteren Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Verabschiedung der Protration, die ungenügende Kartoffelverföhrung für die arbeitende Bevölkerung, das Zurückhalten der Nahrungsmittel aus egoistischen Profitinteressen, sowie die Art der gegenwärtig geübten Gemüseverteilung haben einen außerordentlichen Notstand geschaffen, der den Gesundheitszustand der Berliner Arbeiter und ihrer Familien vollständig untergräbt.

Diese Verhältnisse sind darauf zurückzuführen, daß die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Nahrungsmittelverföhrung und -verteilung völlig versagt haben. Sie müßten versagen, weil man den Erzeuger auf Kosten des Verbrauchers schonen wollte. Diese Maßnahmen haben nicht verhindert, daß Kartoffeln und Getreide ans Vieh verfüttert worden sind zum Schaden der darbenenden Industriearbeiter, daß sich ferner zahlungsfähige Leute auf dem Wege des Schleichhandels mit Nahrungsmitteln aller Art reichlich verföhren können. Zum Nachteile der Verbraucher sind auch dem Handel sabelhafte Gewinne erndmöglich worden. Die Knappheit der Nahrungsmittel hätte durch eine gleichmäßige Verteilung zwischen Stadt und Land, zwischen Arm und Reich ausgeglichen werden müssen, insbesondere hätte die Forderung auf Beschlagnahme der Produkte beim Erzeuger Beachtung finden müssen. Dagegen sind der arbeitenden Bevölkerung Versprechungen gemacht worden, die nicht eingehalten worden sind.

Angefahts des Versagens der Regierung in Bezug auf eine geordnete und gerechte Nahrungsmittelverföhrung und -verteilung und der Nichtberücksichtigung der geeigneten Vorschläge der Gewerkschaftsvertreter halten es die heute versammelten Vertreter der Gewerkschaften Berlins für erforderlich, daß aus den Reihen der Gewerkschaftsorganisationen Vertreter der Arbeiter dem Kriegsernährungsamt und dem Staatskommissar für Preußen zur Kontrolle und Beschlussfassung über die Verteilung der Nahrungsmittel oder sonstige notwendigen Maßnahmen mit sich und Stimme beigeordnet werden.

Gleichzeitig erklären sich die Gewerkschaftsvertreter mit den Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Verfestigung eines baldigen Friedens einverstanden und richten das dringende Ersuchen an die Regierung, diese Forderungen als Grundlage für die einkleitenden Friedensverhandlungen anzuerkennen.

Die Resolution soll den maßgebenden Stellen eingereicht werden.

Soziales.

Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland.

Die Gesellschaft für Soziale Reform hat schon vor dem Kriege die Fragen des Arbeitsrechtes zum Gegenstand eingehender Untersuchungen gemacht. Sie hat im Frühjahr 1916 einen besonderen Studienauschuss mit der Inangriffnahme der dringlichsten und wichtigsten Punkte dieses ungemein weitverbreiteten reformbedürftigen Gebietes betraut. In einer Vorbesprechung mit sozialpolitischen Fachleuten, Juristen und Gewerkschaftsführern aller Richtungen wurden als solche dringlichsten Punkte die Neuordnung des Rechts der Berufsorganisationen, der Ausbau und die Vervollkommnung des gewerblichen Einigungswesens und die Errichtung von Arbeitskammern anerkannt. Da für alle diese Fragen der Bestand und die Rechtsstellung der Berufsorganisationen die entscheidenden Voraussetzungen bilden, sollte zunächst die Neuordnung des Koalitionsrechtes erörtert werden. Das Ergebnis der Beratungen über diese Frage sich widmenden besonderen Ausschusses liegt nunmehr als Heft 1, 2 und 3 des 7. Bandes der Schriften der Gesellschaft unter dem gemeinsamen Titel: „Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland“ vor. Im einzelnen werden behandelt: Koalitionsrecht und Strafrecht (Heft 1), Das Koalitionsrecht und die strafrechtlichen Neben- und Polizeigesetze (Heft 2), Das Koalitionsrecht und das Gewerbe- und Landarbeiterrecht (Heft 3).

Es ist ein reichhaltiges Material, das in diesen drei Heften zusammengetragen ist. Im wesentlichen kommen die Darlegungen zu dem gleichen Ergebnis, wie der „Vorwärts“ in seinen, dieses Gebiet des Koalitionsrechtes behandelnden umfassenden Artikeln der letzten Zeit. Es bedarf also keiner eingehenderen Darlegung des Inhalts der drei Hefte, vielmehr genügt es, die Zeitsähe kurz wiederzugeben. Sie geben dahin:

I. Um das Koalitionsrecht gegen die ihm vom § 253 Str. G. B. (Erpressung) drohende Gefahr zu schützen, ist dem Paragraphen folgender Inhalt zu geben: „Als Erpressung ist zu bestrafen die Vermögensbeschädigung durch Androhung eines dem Gefes zu widerlaufenden Vermögensurteils zugunsten des Nötigenden oder eines Dritten. Diese Androhung muß, wenn Erpressung vorliegen soll, erfolgt sein durch diejenigen Mittel, die die räuberische Erpressung im Sinne des Reichsstrafgesetzbuches charakterisieren, oder durch die Androhung von Handlungen, die an sich bereits geschwidrig sind, oder endlich durch Drohung mit Strafangeige, Offenbarung von Geheimnissen, Verlassen in hilfloser Lage oder mit einem Liebel, das außerhalb jedes verkehrsmäßigen Zusammenhanges mit dem Entschlusse steht, zu dem der Bedrohte genötigt werden soll.“

2. Die §§ 240 (Nötigung), 241 (Bedrohung), 126 (Landzwang) sollen in der bisherigen klaren Fassung beibehalten werden und ihnen nicht der von den neuen deutschen Strafgesetzbüchern vorgeschlagene lauschkurartige Inhalt gegeben werden.

3. Die in den modernen Strafgesetzbüchern in Vorschlag gebrachte Kriminalstrafe für die Arbeitseinstellung in den sogenannten gemeinnützigen Betrieben ist in jeder Gestalt und Form abzulehnen.

4. Der grobe Unfug ist vom Gesetz zu definieren.

5. Hinsichtlich der Bestrafung des Vertragsbruches sind die geltenden reichsgesetzlichen Vorschriften nicht zu ändern.

6. § 153 der Gewerbeordnung ist zu streichen.

7. Dem Reichsstrafgesetzbuch soll hinzugefügt werden: „Der Arbeitgeber, welcher einen Arbeiter, sowie der Arbeiter, welcher einen Arbeitgeber durch Gewalt oder Drohung, Ehrverletzung oder Berufserklärung hindert, an Vereinbarungen teilzunehmen oder solchen Folge zu leisten, deren Ziel die Herbeiföhrung einer Veränderung des Arbeitsvertrages ist, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Das summarische Verfahren ist über das in der Reichsstrafprozessordnung schon gegebene Maß hinaus nicht auszudehnen.

II.

1. Die Polizei ist nicht befugt, Wohlthataufforderungen als solche zu unterlegen.

2. Die Verurteilung öffentlicher Strafen und Plätze in der dem allgemeinen Verkehr freistehenden Weise zur Beobachtung von Orten und Personen zur Erfundigung und Mitteilung sowie zu nicht strafbarer Willensbeeinflussung ist erlaubt und darf nicht allgemein verboten oder beschränkt werden. Die Beamten des polizeilichen Sicherheitsdienstes können bestimmte Einzelhandlungen dieser Art unterlegen, wenn dies wegen eingetretener Störung des Verkehrs oder der öffentlichen Sicherheit notwendig ist. Ob diese Voraussetzungen gegeben sind, unterliegt im Fall eines gerichtlichen oder verwaltungsgerichtlichen Rekursverfahrens oder einer Verwaltungsbeschwerde der Nachprüfung der entscheidenden Instanzen.

3. Die bundesstaatlichen Vorschriften über Anzeigen, Anschläge, Ausstellen, Auslegen und Verteilen von Plakaten, Ausrufen, Bekanntmachungen,zetteln und sonstigen Druckchriften auf Straßen, Plätzen und sonstigen öffentlichen Orten sind aufzuheben. § 30 Abs. II des Reichspressgesetzes ist aufzuheben.

Künftighin können auf diesem Gebiete weder durch die Landesgesetze noch durch polizeiliche Gebote oder Verbote Einschränkungen eingeföhrt werden.

4. Für Vereinsversammlungen soll die für öffentliche Wirtschaften eingeföhrtete Polizeistunde nicht in Betracht kommen.

In anderen als öffentlich-politischen Versammlungen soll die Polizei keine Beauftragten entsenden dürfen.

III.

Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter irgendwelcher Art wegen Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit, werden aufgehoben.

Ebenso werden alle landesrechtlichen Bestimmungen aufgehoben, die an Verletzungen des Dienstvertrages der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Strafe oder polizeiliche Zwangsbefugnisse knüpfen.

Landesgesetzgebung und Polizei können künftighin auf diesem Gebiete einschränkende Bestimmungen nicht erlassen.

Aus dem Umfang dieser Zeitsähe ist ersichtlich, in welcher umfassender Weise dieses Gebiet des Organisationsrechtes in den drei Hefchen behandelt ist. Für den Verfassungsausschuss des Reichstages ist hier ein überaus wertvolles Material gegeben, das für seine Beratungen zur Neugestaltung des hier in Betracht kommenden Gebietes die erforderlichen Unterlagen in erschöpfender Weise gibt.

Arbeiter-Zamariterbund Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche abends 8 1/2 Uhr 1. bis 6. Abteil. Montag, den 16. Juli, Ebdemder Str. 92: Vortrag. Hieran praktische Verhandlungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Diese Lehrstunden und Vorträge finden jetzt jeden Montag bis Anfang August statt. Sonntag, den 22. Juli, Familienausflug nach Niederschönhausen. Treffpunkt neben Restaurant Strauchwiese.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Dieberich, Berlin-Griedenau; für d. literar. Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Inserate: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Gierza 1 Beilage und Unterhaltungsbüchlein.

Deutsches Theater.

Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr: Max Paillenberg in „Der kleine Napoleon.“

Kammerspiele.

Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr: Die Tänzerin (mit Leopoldine Konstantine).

Volkshöhne. Theat. a. Bülowplatz.

Untergrund. Schönhauser Tor. Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr: Die Königin der Luft.

Lessing-Theater.

Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr: Mario Ottmann u. Hans Waldmann in „Niobe.“ Oper. v. O. Blumenthal. Musik v. Osk. Straus.

Berliner Theater

7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

Komödienhaus

8 Uhr: Wie fessle ich meinen Mann?

Theater i. d. Königgrätzer Str.

7 1/2 Uhr: Zum 1. Male: J. v. Seewitz / Lo Hesse Künstlerische Tänze.

Palast

Tägl. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr.

R. Steidl, A. Müller-Lincke, Gert. Gräbner, B. Lehnhoff in „Der Herr ohne Wohnung.“

Dazu: „Afra, die Seltsame usw.“

Rose-Theater.

7 1/2 Uhr: Die Stunde des Vertrauens

Gartenb.: Berlin, wie es liebt u. haßt.

Walhalla-Theater.

7 1/2 Uhr: Zigeuner.

Gartenbühne: Vorstellung.

Volgt-Theater.

Badstr. 58. Badstr. 58.

Täglich große Extravorstellung.

Pieper und Sperling

Erstklassiges Spezialitäten-Programm.

Abf. Sonntags 4. wochentl. 7 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater

Rastaniener 7-9. Heute:

Uha — famos!

Große Ausstattungs-Operettenposse in 3 Akten mit Gesang und Tanz.

Vorher: das große Varietöprogramm. Anfang 4 1/2 Uhr.

Admirals-Palast.

Abtrakadabra

großes phantastisches Ballett auf dem Eise.

Angenehmer kühler Aufenthalt 7 1/2 Uhr. Verzügl. Küche.

Theater für Sonnabend, den 14. Juli.

Deutsches Opernhaus

7 1/2 Uhr: Nanon.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.

7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Gebr. Herrfeld-Theater.

Operetten-Gastspiel

7 1/2 Uhr: Die ledige Ehefrau.

Kleines Theater

8 Uhr: Im Bahnwärterhaus.

Komische Oper

8 1/2 Uhr: Die Dose Sr. Majestät.

Lustspielhaus

Zum 75. Male: 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels vom Lindenhof.

Morgen 3 1/2 Uhr: In Vertretung.

Metropol-Theater

7 1/2 Uhr: Die Czardastörstin.

Neues Operettenhaus

Schiffbd. 4a. Kassentel. Nord. 281

7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Residenz-Theater

7 1/2 Uhr: Der Weg zur Hölle.

Schiller-Theater O

7 1/2 Uhr: Martha.

Schiller-Th. Charlottenb.

7 1/2 Uhr: Alt-Heidelberg.

Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: Sonnwendzauber.

Theater am Nollendorpf.

3 1/2 Uhr: Was ihr wollt.

7 1/2 Uhr: Die Gulaschkanone.

Theater des Westens

7 1/2 Uhr: Stolze Thea.

Morg. 3 1/2 Uhr: Der Raub d. Sabinerinnen.

Trianon-Theater

7 1/2 Uhr: Der Star.

NATIONAL-THEATER.

Cöpenicker Straße 68. Täglich 7 1/2 Uhr.

Ein Stück aus der guten, alten Zeit!
Die Lieder des Musikanten!
Volksstück mit Gesang in 7 Bildern von Kneisel.
Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen.

Zirkus A. Schumann

Am Bahn. Friedrichstr. Anfang 8 Uhr.

Rauchen gest. Kühler Aufenthalt.

Das glänzende Zirkus-Varietö-Programm

U. a. Bayer. Alpenspiele.

Dir. Schumanns Meisterdressuren.

Halali Parforce-Schnitzeljagd.

Sonntag 3 1/2 und 8 Uhr.

Nachmittags 1 Kind frei sowie Gratis-Ponny-Reiten.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.

Cabaret

„Feldgrau“

Anfang 7 1/2 Uhr.

Reiters Werke

3 Bände 5 Mark

Buchhandlung Vorwärts

Rur kommende Woche Dampf-Extravorturen durch die Gabelseen.

Montag u. Mittwoch n. d. Glindower Alpen am See.

Dienstag: Nedlitz und Crampnitz am Crampnitzsee.

Donnerstag nach Fereh am Schwielowsee.

Abf. 9 Uhr ab Reichstagbuser an der Warschauerbrücke d. Reichstagsgebäude.

Abf. 9 1/2 Uhr Charlottenburg, Tegeler See, nahe Bahnhof Jungfernheide.

Außerdem ab Oberbaumbrücke, Waldenkreuzstraße jeden Sonntag:

8 1/2 und 2 1/2 Uhr nach Woltersdorfer Schleuse und Neu-Heringsdorf.

Reederei Kieck, Falckensteinstr. 48. Tel.: Wpl. 8197

Reederei Kahnt & Hertzner

Reisen ab 2002.

Jeden Sonntag ab Wasserbrücke

8 Uhr nach Teupitz (Tornows Idyll) hin u. zurück 3,00 M. Kinder 1,50.

8 1/2 u. 2 Uhr nach Krampenburg hin u. zurück 1,50 M. Kinder 80 Pf.

Reichstag.

115. Sitzung, Freitag, den 13. Juli, nachmittags 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Anfragen.

Abg. Bindek (Eis.) fragt an, weshalb im Reichslande der Besitz von Einzelpersonen und Firmen, die bisher unter Zwangsverwaltung gestanden, in Liquidation übergeführt wird.

Geheimrat v. Jonaqueres erwidert, daß die Maßnahme infolge entsprechender Maßnahmen der feindlichen Regierung erfolgt sei.

Abg. Kunert (Unabh. Soz.) fragt an, wie weit die vor zwei Monaten versprochene Prüfung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse bestimmter sogenannter staatenloser Ausländer ge- diehen ist, die zum Heeresdienst eingezogen waren.

Oberst Marquard: Die Untersuchung ist seinerzeit in die Wege geleitet worden. Es hat sich herausgestellt, daß die Einziehungen zum Heere zu Recht erfolgt sind. Im Mai ist eine allgemeine Anweisung über eine erneute Nachprüfung der Staatsangehörigkeit von in militärpflichtigem Alter stehenden Personen, die bisher als Ausländer angemeldet waren, erteilt worden.

Abg. Ebert (Soz.) fragt an, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um der Notlage der Arbeitsinvaliden, deren geringe Renten heute nicht im geringsten ausreichen, baldigt abzu- helfen.

Ministerialdirektor Caspary erwidert, es sei vom Reichskanzler Anweisung ergangen, daß die Gemeindebehörden in besonderen Notfällen Abhilfe schaffen sollen. Für diesen Zweck würden Zuschüsse gewährt werden aus dem Reichsfonds.

Abg. Wumm (Dt. Fr.) fragt an, ob in diesem Jahre wieder so viel Ruder wie im vorigen Jahre der Ernährung entzogen und zur Wein- und Obstmosbereitung überwiesen werden würde.

Geheimrat Braun erwidert, daß Ruder nur im geringen Maße zur Obstmosbereitung freigegeben werde. Es würden nur Äpfel zur Obstmosbereitung freigegeben werden.

Abg. Dandjoh (Soz.) fragt, was geschähe solle, um die Arbeitslosigkeit und den Mangel an Arbeitskräften zu schäben, die bei der Beschaffung von Weizen vorhanden und noch mehr zu erwarten sind.

Ministerialdirektor Caspary erkennt die Notwendigkeit an, nach dem Kriege Maßnahmen zu treffen, um diesen Bevölkerungskreis preiswertes Hausgerät zu sichern.

Abg. Vogther (Unabh. Soz.) fragt an, welche Sicherheit der Reichskanzler angesichts des Verbotes von Frauenver- sammlungen in Steintagen zu schaffen gedenke, daß die Verbreitung zensurierter Druckschriften als Grund für die weitere Beschränkung des Versammlungsrechts benutzt wird.

Oberst Wrisberg: Das betreffende Flugblatt hat nicht als solches, sondern als Artikel des „Mitteilungsblattes“ des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgebung die Zensur passiert. Die Veröffentlichung war in einer von der Zensur genehmigten Form zugelassen worden. Die beabsichtigte Verbreitung des Flugblattes in 50 000 Exemplaren war der Zensur nicht bekannt und ist von ihr auch nicht gestattet worden. Die Entscheidung der Zensurbehörde über die Zulassung eines Artikels ist in keiner Weise bindend für die Frage, ob eine Versammlung zugelassen wird oder nicht.

Abg. Vogther (Unabh. Soz.): Woher ist dem Reichskanzler bekannt, daß das Flugblatt in ausgerechnet 50 000 Exemplaren verbreitet werden sollte? (Weiterkeit.)

Oberst von Wrisberg: Ich habe nichts hinzuzufügen. Abg. Held (natl.): Tausende von Schlachtverwundeten werden von den Viehhändlerverbänden zu den herabgesetzten Preisen vom 1. Juli abgenommen. Was gedenkt der Reichskanzler gegen diese Schädigung der Viehzucht treibenden Landwirtschaft zu tun?

Geheimrat von Jonaqueres: Dem Reichskanzler ist das nicht bekannt. Ich kann dem Fragesteller nur anheimgeben, die Fälle, auf die sich seine Anfrage stützt, im einzelnen beschwerdeführend vorzubringen.

Abg. Bauer (Soz.): Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um dem § 11 des Hilfsdienstgesetzes Geltung zu verschaffen und die schleunige Wahl der Arbeiter- und Angestellten- a u s s ü ß e herbeizuführen, die vielfach noch nicht befehen, trotzdem das Gesetz bereits seit sieben Monaten in Kraft ist?

Unterstaatssekretär Richter: Es müßten zunächst Wahlordnungen erlassen werden, was eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt. Ferner sehen die Wahlordnungen gewisse Fristen vor, die beim Wahlverfahren einzuhalten sind. Wäre Wille liegt wohl auf keiner Seite vor. Das preussische Handelsministerium hat unter dem 1. Mai eine Verfügung an die ihm unterstellten Behörden erlassen, darauf hinzuwirken, daß überall die Wahlen schnellstens e r f o l g e n mögen. Trotzdem der Regierung Bescheid nur in Einzelfällen bekannt geworden sind, wird eine Verfügung des Bundesrats veranlaßt werden, wodurch eine Zwangsfrist bestimmt ist, innerhalb deren die Wahlen erfolgt sein müssen.

Abg. von Trampczynski (Pole): Ist dem Reichskanzler bekannt ist, daß im Bezirk des Oberkommandos Ost fortgesetzt männliche und weibliche Personen durch deutsches Militär mit Gewalt aus ihren Behausungen gerissen und zur Zwangsarbeit nach Deutschland abgeschoben werden und was gedenkt er dagegen zu tun?

Oberst von Wrisberg: Die Regierung ist nicht in der Lage die Anfrage im Detail zu beantworten, da die hierfür erforderlichen Unterlagen bisher nicht eingegangen sind. Die Angelegenheit wird geprüft.

Abg. von Trampczynski (Pole): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß mit dem Oberkommando Ost Telefonverbindung besteht? (Große Weiterkeit.)

Oberst von Wrisberg: Trotzdem telephonische und telegraphische Verbindung existiert, haben trotz des Material nicht bekommen, was zur eingehenden Prüfung notwendig ist.

Der verbotene Scheidemann.

Abg. Ebert (Soz.): Durch die Oberzensurstelle ist die Verbreitung der Reichstagsrede Scheidemanns über einen Frieden der Verständigung als Druckschrift entgegen dem Artikel 22 der Verfassung verboten worden. Dagegen wird die Anzeigenschrift „Lehmanns Kriegsziele“ ungehindert in Massen verbreitet. Gedenkt der Reichskanzler dem verletzten Recht Geltung zu verschaffen?

Ministerialdirektor Ewald: Das Verbot der Verbreitung der Druckschrift mit der Scheidemannschen Rede verstoßt nicht gegen Artikel 22 der Verfassung, da, wie vom Reichsgericht wiederholt anerkannt, Mitteilungen einer einzelnen Rede nicht als Verträge über Verhandlungen im Sinne des Artikels 22 erachtet werden können. Im übrigen legt die Reichsleitung Wert darauf, daß diejenigen, die von Zensurmaßnahmen betroffen werden, zunächst von dem ihnen gesetzlich gewährleisteten Rechte Gebrauch machen, ebe eine politische Einwirkung auf den Reichskanzler erfolgt.

Abg. Ebert (Soz.): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß diese Druckschrift wochenlang ungehindert im Lande verbreitet und erst kürzlich verboten wurde?

Ministerialdirektor Dr. Ewald: Die Zensurverfügung ist dem Reichskanzler erst durch diese Anfrage bekannt geworden.

Abg. Ebert (Soz.): Ist dem Reichskanzler nicht bekannt, daß gegen das Verbot telegraphisch Beschwerde beim Oberkommando in den Marken eingeleitet worden ist?

Ministerialdirektor Ewald: Auch das ist dem Reichskanzler bisher nicht bekannt gewesen. Wie ich eben hörte, ist beim Kriegsministerium eine derartige Mitteilung eingegangen; das Oberkom-

mando ist angefragt worden, eine Antwort ist bisher noch nicht eingegangen.

Der Gesekentwurf über die

Fürsorge für Kriegsgefangene

wird auf Antrag des Zentrums, das zu den von der Kommission beschlossenen Änderungen noch nicht hat Stellung nehmen können, an die Kommission zurückverwiesen.

Der Gesekentwurf betreffend die „Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte“ wird auf Antrag des Abg. Scheidemann (Soz.) in Uebereinstimmung mit den andern Fraktionen, die wegen der großen Tragweite des Gesetzes noch einmal dazu Stellung nehmen wollen, von der heutigen Tagesordnung abgelehrt.

Es folgt der erste Teilbericht des Ausschusses für Bevölkerungs- politik betreffend die „Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“.

Die Kommission wünscht im Heer eingehende statistische Untersuchungen und Nachweise, ferner Soldatenheime und andere geeignete Unterkunftsräume mit billiger Verpflegung und Gelegenheit zum Ueberrichten für durchreisende Soldaten in der Nähe der Bahnhöfe der großen Verkehrsknotenpunkte; für die Gesamtbekämpfung wünscht die Kommission Bestrafung jeder Person, die geschlechtlich verkehrt, obwohl sie weiß oder wissen mußte, daß sie geschlechtskrank ist, ferner wirksame Vorschriften zur Ueberwachung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Maßnahmen nach einheitlichen Gesichtspunkten für das ganze Reich zur Verhütung und Eindämmung von Geschlechtskrankheiten.

Abg. Kunert (Unabh. Soz.) weist auf die große Bedeutung der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für die allgemeine Volksgesundheit hin. Trotz einiger Bedenken will er den Kommissionsvorschlägen zustimmen, verlangt aber darüber hinaus noch die Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht bei Geschlechtskrankheiten und die Befestigung des § 361 Absatz 6 des Strafgesetzbuchs.

Die Debatte schließt. Die Beschlüsse der Kommission werden angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Dr. Raemf erwidert und erhält die Ermächtigung, den Termin und die Tagesordnung für die nächste Sitzung selbständig festzusetzen.

Schluß 4 Uhr.

Parteinachrichten.

Verbot sozialdemokratischer Friedensversammlungen.

Im niederschlesischen Industriegebiet sollte an diesem Sonntag eine große Massenversammlung unter freiem Himmel stattfinden. Als Vortragssthema war angekündigt: Der sozialdemokratische Verständigungsfriede. Diese Versammlung ist vom Stellvertretenen Generalkommando Breslau verboten worden mit dem Hinweis darauf, daß die ersten Verhältnisse im Korpobereich (Wroclaw und Verfassungen in Striegau, Hindenburg usw.) solche Massenversammlungen bedenklich machen. Gleichzeitig wurden aber Versammlungen in geschlossenen Lokalen gleichfalls unterlagt mit der Begründung, daß solche Ausprägungen augenblicklich von keiner Seite gestattet werden könnten. Demnach trafe dieses Verbot auch die alldutschen Versammlungen.

Wir haben es also mit einer völligen Aufhebung des Versammlungsrechts zu tun, eine Erscheinung, die gerade jetzt im Zeichen der unvollständigen Neuorientierung sonderbar anmutet. Gegen das Verbot ist Beschwerde eingelegt worden.

Wahlkreis.

In den hiesigen Reichstagswahlkreisen, der 223. Mitglieder hat, wurden in der erstmalig erprobten Verhältniswahl 52 Sozialdemokraten und 4 Christlicheren entsendet. Bei der letzten Mehrheitswahl brachte die Arbeiterpartei nur 43 Vertreter insgesamt durch.

Groß-Berlin

Zur Frage der Mietsteigerungen

schreibt uns der Deutsche Wohnungsausschuss:

Seit einiger Zeit sind die Hausbesitzerorganisationen bemüht, unter Androhung der Wohnungsbindung eine planmäßige Erhöhung der Wohnungsmieten durchzusetzen. Aus zahlreichen Gegenden Deutschlands, so aus vielen Gemeinden Groß-Berlins, aus Dortmund, Wattenstein, Hamburg, Altona, Graubenz, Erfurt, Merseburg, Bayreuth, Suhl, Roßlau, Pforzheim und anderen Orten wird über planmäßig beschlossene oder doch bevorstehende allgemeine Mietsteigerungen und über die besondere Notlage der Mieter berichtet. Gegen dieses Vorgehen der Hausbesitzer sind von verschiedenen Seiten Eingaben an die maßgebenden Behörden gerichtet worden mit dem Ersuchen um baldige öffentliche Regelung. Auch im Reichstag und in einzelnen Stadtverordnetenversammlungen wurde die Frage der Mietsteigerungen zur Sprache gebracht. Trotzdem die ganze Angelegenheit also schon eine ziemlich breite Ausdehnung gewonnen hat, ist sie aber anscheinend in ihrer grundsätzlichen Bedeutung noch nicht richtig gewürdigt worden. Offenbar stehen wir nämlich erst am Anfang der Mietsteigerungen, weitere und umfassendere Steigerungen sind zu befürchten. Eine solche Entwicklung hätte aber etwas Ungemeines, sowohl für die Zeit im Kriege, wie auch für die Zeit nachher, zumal die Mietsteigerungen in vielen Fällen zugleich auf eine unverdiente Bereicherung der Hausbesitzer hinauslaufen würden. Hier den richtigen Ausgleich zu finden, ist eine ebenso verwickelte wie bedeutungsvolle soziale Aufgabe, deren Lösung auf die Dauer aber wohl kaum durch Genehmigungsfrist und Verbote allein wird erfolgen können, sondern zu der es vor allem auch großer positiver Maßregeln der Wohnungspolitik bedürfen wird.

Die Groß-Berliner Kohlenkarte

liegt, wie ein Berichterstatter zu melden weiß, bereits „im Wortlaut“ vor. Wir hoffen indes, daß das Oberkommando vor der Drucklegung die Bestimmungen der Verordnung einer gründlichen Durchsicht unterziehen möge. Wir halten es für undenkbar, daß man all die schwerwiegenden Einwände, die in der Presse erhoben worden sind, einfach als Luft behandeln könnte. Die Verordnung trägt auch den Stempel der Eile; daher die Lücken. Was die Bestandsaufnahme betrifft, so kommt sie in vielen Fällen zu spät. Eine erhebliche Zahl Leistungsfähiger hat sich bereits für den Winter, zum Teil überzeugslich, eingezeichnet, man hört von manchen bis zu 20 000 Stück. Jetzt während der Heizzeit ist die Bestandsaufnahme sehr schwierig. Bei früherem Eingreifen hätte man das nun nötig gewordene Wiederwegholen der das zulässige Maß weit überschreitenden Vorräte vermieden.

Aus der großen Zahl der ungenutzten Zuschriften geben wir der folgenden Raum: Die uns „Kleinen“ zugeteilten Mengen sind unzulänglich gering. Mit ihnen trennbar auszureichen, ist undenkbar. Wer 20 oder 30 Zentner erhält, kann doch einen Raum genügend heizen. Wir aber können weder eine Stube noch eine Küche einigermassen erwärmen. Da war es im vorigen Winter ja idyllisch; wer sich balgte, hatte doch schließlich seinen Hausbrand. Und nun haben wir alles nur eben Unbehagliches an wärmenden Stoffen in der Reichswollwoche hergegeben, und die meisten Menschen haben auch kein Geld mehr auf dem Beibe, das sie ein wenig schätzen könnte. Was soll demnach werden?

Städtische Volkspfegung.

Von Montag ab werden folgende Ausgabebestellen neu eröffnet:

- 10a, Demminer Str. 27 (Turnhalle der 132./142. Gemeindefchule) als Zweigstelle der Ausgabebestelle 10, Graunstr. 11.
17a, Friedenstr. 31 (Turnhalle der 135./137. Gemeindefchule) als Zweigstelle der Ausgabebestelle 17, Höchste Str. 36/37.
37a, Strelitzer Str. 41a/42 (Turnhalle der 207./210. Gemeindefchule) als Zweigstelle der Ausgabebestelle 37, Stralunder Str. 54.
39a, Mariannenufer 1a (Turnhalle der 37. Gemeindefchule) als Zweigstelle der Ausgabebestelle 39, Bäckerstr. 34.
39b, Waldemarstr. 77 (Turnhalle der 20. Gemeindefchule) als Zweigstelle der Ausgabebestelle 39, Bäckerstr. 34.
26a, Ofener Straße 6/7 (Turnhalle der 54./131. Gemeindefchule) als Zweigstelle der Ausgabebestelle 26, Müllerstr. 48.
52a, Pringentstr. 51 (Turnhalle des Viktoria-Gymnasiums) als Zweigstelle der Ausgabebestelle 52, Luisenpark 15/16.
57a, Bergmannstr. 26/29 (Turnhalle der 133./149. Gemeindefchule) als Zweigstelle der Ausgabebestelle 57, Mittenwalder Str. 34/37.

In den neuen Ausgabebestellen werden Gutscheine und Speisungsfarten der Hauptausgabebestelle gleicher Nummer (also: in Ausgabebestelle 10a solche der Ausgabebestelle 10 usw.) angenommen, auch von Montag ab ausgegeben. In den neuen Ausgabebestellen kann bis auf weiteres Essen nicht an Ort und Stelle verzerft, sondern nur abgeholt werden.

Berliner Lebensmittel.

Nach der Bekanntmachung des Magistrats Berlin entfallen auf den Abschnitt 88 der Lebensmittelkarte 200 Gramm Feigwaren, auf Abschnitt 89 der Lebensmittelkarte 100 Gramm Lese Suppen, auf Abschnitt 90 der Lebensmittelkarte 2 Suppentafeln. An Stelle der Losen Suppen und Suppentafeln treten gegebenenfalls 250 Gramm Morgentrank. Die Abschnitte sind in der Zeit vom heutigen Sonnabend bis einschließlich nächsten Dienstag in den durch besondere Verkaufsbilder gekennzeichneten Kleinhandels- geschäften gegen Empfangsberechtigungen abgegeben. Die Ware wird dann nach Ablauf der üblichen Frist bei den Kleinhandels- geschäften gegen Rückgabe der Empfangsberechtigungen zur Verfügung stehen.

Der Magistrat Berlin veröffentlicht heute eine Bekanntmachung, in der die Verbrauchsmenge an Karioffeln und die Erfaßmengen an Brot für die kommende Woche in gleicher Weise wie in der vergangenen Woche geregelt wird.

Denen, die eine Anmeldung des Käsebezugs unterlassen haben, wird Gelegenheit zur nachträglichen Anmeldung gegeben. Die Nachmeldungen können in der Zeit vom morgigen Sonntag bis nächsten Dienstag vorgenommen werden; sie dürfen jedoch nur in den Filialen der Firmen Reichelt, Vereinigte Pommerische Meiereien und J. F. Ahmann erfolgen.

Die Gültigkeitsdauer des Abschnitts 27 der Eierkarte wird bis zum 22. Juli verlängert.

Bei der Zentrale für Krankenernährung Berlin, Fischerstraße, laufen noch immer Anträge kranker Personen auf Ueberlieferung von Vorkaufscheinen zwecks Vermeidung des Anstehens beim Einkauf von Nahrungsmitteln ein. Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachungen vom 22. und 29. April wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Vorkaufscheine nur noch an Schwangeren in den letzten drei Monaten ausgegeben werden.

Die Lebensmittelversorgung der Binnenfahrer.

Zu Abstellung der Mängel in der Versorgung der Binnenfahrer mit Lebensmitteln sind folgende Anordnungen getroffen worden, die am 15. d. M. in Kraft treten: An Stelle der bisherigen Brotkarte für Binnenfahrer tritt die Reichsreisebrotkarte. Alle Schiffsanlässe erhalten eine Grundmenge von 1800 Gramm Gebäck wöchentlich. Für die auf dem Schiff nicht verfügbaren Personen (Kinder usw.) verbleibt es bei dieser Menge. Jede verfügbare Person erhält eine Zulage von 500 Gramm Gebäck, also 2100 Gr. wöchentlich. Maschinenisten und Heizer erhalten eine Zulage von 1400 Gramm Gebäck, also 3200 Gramm wöchentlich. An Stelle des Gebäcks kann Mehl in dem von den Landeszentralbehörden oder den Kommunalverbänden bestimmten Verhältnis und Umfang beantragt werden. Als Ersatz für die verminderte Brotmenge wird den Schiffen die Fleischzulage der übrigen Bevölkerung auf Grund einer besonderen, für alle Bundesstaaten gültigen Fleischzulage gewährt. Die Versorgung mit den sonstigen Lebensmittel geschieht in der bisherigen Weise. Der gemeinsame Ausweis zur Entnahme von Brot- und Lebensmittelfarten kommt in Porträlo. Rünftig erhält jeder Schiffer und jede Person, die in seiner Begleitung an der Fahrt teilnimmt, einen besonderen Ausweis (Einzel- ausweis). Auf den dem Polizeipräsidenten in Berlin unterstellten Wasserstraßen findet die Herausgabe der Ausweise und der Brotkarten usw. wie bisher durch die hiesigen Wasserbauämter I und II und die Schiffermeldestellen Charlottenburg, Plöthensee, Ofenberge und Neufölln statt. Die Verkaufsstellen für Binnenfahrer in Berlin, Charlottenburg, Berlin-Lichtenberg und Neufölln sind in den Aushängen an den Schleusen bekanntgegeben.

Keine wöchentlichen Lebensmittelüberichten mehr. Auf Grund eines einstimmig von dem Beiräte der staatlichen Verteilungsstelle für Groß-Berlin gefaßten Beschlusses empfindet diese den Groß-Berliner Gemeinden aus Zweckmäßigkeitsgründen künftig von der Veröffentlichung der Ueberichten über die zur Verteilung gelangenden Lebensmittel in der Presse abzusehen. Die Beschaffung dürfte sicher dem Wunsch entsprungen sein, die Vergleiche, zu denen die Lebensmittelüberichten Veranlassung gaben, zu vermeiden. Selbstverständlich werden die amtlichen Bekanntmachungen über Lebensmittel hiervon nicht berührt.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse. Am nächsten Montag tritt der Nahrungsmittelausschuss des Deutschen Städtetages zu einer Beratung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe wichtiger Lebensmittelfragen, darunter auch die Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse und Obst.

Ein Frad und 30 Mark, sowie noch einiges Meismehl sind erforderlich, um an dem Festmahl teilzunehmen, das der Verein Berliner Presse und die Berliner Zeitungsbereiter zu Ehren der in Berlin weilenden türkischen Journalisten am Sonntagabend im Hotel Adlon veranstalten. Preis des Gedächtnisses einschließlich Getränke 30 M. — Gest. Frad“ heißt es auf den Einladungen, die der Bezirk Berlin-Brandenburg des Reichsverbandes der Deutschen Presse an seine Mitglieder versendet. Unseres Wissens gehören diese Mitglieder durchweg nicht zu den Kriegsgewinnlern, und nur die wenigsten von ihnen sind durch die Verleger so gestellt worden, daß sie sich solche kostspieligen Sprünge leisten können. Die türkischen Gäste werden sich gewiß irtige Vorstellungen von der Lebenslage ihrer Berliner Berufskollegen machen.

Die Herbstbühnen nehmen erschreckend zu. Gartenbesitzer, Pargellenbauer und Laubkolonisten, die sich mühsam ihr Gemüse aller Art für den eigenen Bedarf gesüßelt haben, um über die schwere Zeit hinwegzukommen, machen, nachdem sie noch abends ihr Stücken Land gepflügt hatten, andern Tags oft die niederschmetternde Entdeckung, daß über Nacht andere ihre besten Früchte geerntet haben. So ist für sie alle Mühe und Arbeit umsonst, das Geld für die Saat hinausgeworfen. Auch Kleintier- diebe trauen allenthalben ihr Unwesen. Es gibt es besonders

auf Kaninchen und Hühner abgeben, die sie gleich im Stall abzuwickeln pflegen. Eine wirksame Lieberwocung ist sehr schwierig, weil die kleinen Flächen oft weit zerstreut liegen. In einigen Vororten wird geplant, von der Bürgerchaft Selbstwocungen einzurichten.

Ein gemeingefährlicher Unfug wird in der letzten Zeit im Süden und Südosten Berlins verübt. Schmierfinken besudeln dort die Straßendruckkästen mit Teer oder auch in anderer Weise. Sie beschädigen auch Kästen durch Anwendung von Gewalt mitunter so schwer, daß sie unbrauchbar werden. In einzelnen Fällen sind auch zertrümmerte Kästen ihres Inhaltes beraubt worden.

Dachstuhlbrand bei Siemens. Durch Selbstentzündung geringerer Kohlenstaubmengen entstand in dem Kesselhaus der Kraftzentrale der Siemens-Werke in Siemensstadt ein kleiner Brand, der durch vorübergehendes Verlagern der Spannbauer Wasserleitung nicht sofort im Keime erstickt werden konnte. Ein kleiner Teil des Dachstuhles brannte ab. Der Betrieb der Werke wurde nur auf wenige Stunden gestört.

Charlottenburg. Gegenüber den Klagen von Teilnehmern an der allgemeinen Speisung, daß ihnen ein Teil der Abfälle der Kartoffelarten abgenommen wird, obwohl die Speisen wenig oder gar keine Kartoffeln enthalten, weist der Magistrat darauf hin, daß dies auf Verlangen der Aufsichtsbehörde und auf gemeinsamen Beschluß der Groß-Berliner Gemeinden geschieht. Liebrigens werden die Teilnehmer hierdurch nicht geschädigt, da für die fehlenden Kartoffeln andere Nährmittel, wie Graupen, Kubeln, Wehl usw. bei Zubereitung der Speisen verwendet und die von der Stadt angegebene Lebensmittelliste den Teilnehmern an der Speisung nicht entzogen oder gekürzt werden, sie also hierdurch einen Vorzug gegenüber der nicht an der allgemeinen Speisung teilnehmenden Bevölkerung haben.

Spandau. Lebensmittel. Die den Geschäften gelieferten Teigwaren dürfen vom Sonnabend, den 14., ab verkauft werden und zwar je 125 Gramm gegen Abtrennung von Feld 11 der Lebensmittelliste. Der Verkaufspreis darf für Ware aus 75 Proz. Mehl 0,51 M. für 1/2 Kilogramm und für Ware aus Auszugmehl 0,72 M. für 1/2 Kilogramm nicht übersteigen. Von früheren Verteilungen vorhandene Reste an Teigwaren dürfen mit verkauft werden.

Friedenan. In den „Amtlichen Nachrichten über die Lebensmittelversorgung der Gemeinde Berlin-Friedenan“ finden wir folgende Mitteilung des Gemeindevorstandes:

In der laufenden Woche ist an die hiesigen Einwohner zwischen 60 und 70 Jahren je 1/2 Pfund Schokoladenpulver abgegeben worden. Der Gemeinde standen etwa 7 1/2 Zentner zur Verfügung. In der Liste, die in der vorigen Woche ausgelegt hatte, hatten sich 1510 Personen eingetragen. Demnach hätte das Schokoladenpulver reichen müssen. Tatsächlich haben aber wesentlich mehr Personen in dem fraglichen Alter von ihrem Anspruch Gebrauch gemacht, so daß einige kein Schokoladenpulver haben erhalten können und dafür andere Ware ausgegeben werden mußte.

Da die Eintragung in die Liste Vorbedingung zum Kauf war, gestatten wir uns die Frage, welches nach Ansicht des Gemeindevorstandes die Kaufberechtigten waren, die sich nicht eingetragen hatten?

Neußän. Lebensmittel. Für die nachträglichen Anmeldungen beim Kleinbändler zum Bezuge von Kartoffeln, Eier, Zucker und Kolonialwaren gelten folgende Bestimmungen: Wer ohne Verschulden, z. B. durch Krankheit, Abwesenheit usw. verhindert war, rechtzeitig seine Eintragung in die Kundenliste zu erlangen, kann in der zuständigen Protokollkommission einen Ausweis zwecks nachträglicher Aufnahme in die Kundenliste gegen Vorlegung der für die Anmeldung bestimmten Karte erhalten. Die Umstände, welche die rechtzeitige Anmeldung verhindert haben, sind anzugeben. Dasselbe gilt für alle nach der Auflegung der Kundenliste zugezogenen Personen, für Neugeborene und für alle diejenigen Personen, die infolge vorübergehender Abwesenheit ihre Lebensmittellisten abgegeben hatten. In den städtischen Verkaufsstellen kann von den Inhabern der Serie 8 mit den Anfangsbuchstaben F—L, kondensierte sterilisierte Milch oder Milchpulver entnommen werden, und zwar für jede Reichsleischkarte für Erwachsene entweder eine Dose oder eine Flasche Milch oder ein Beutel Milchpulver. Verkaufstag: Sonnabend, den 14. Juli. Haushaltskarte und Reichsleischkarte für Erwachsene sind bei Verkauf vorzulegen und werden bei der Entnahme der Ware abgestempelt. Der Verkaufspreis beträgt für

a) sterilisierte Flaschenmilch 1,25 M. je Flasche, b) sterilisierte Schälchenmilch 1,10 M. je Dose, c) inländische kondensierte Schälchenmilch 1,20 M. je Dose, d) Milchpulver (100 Gramm) 0,55 M. je Beutel. Der Verkauf auch an die übrigen Personen wird noch besonders bekanntgegeben.

Treptow. Lebensmittel. In der kommenden Woche gelangen zur Verteilung: 1600 Gramm Brot, voraussichtlich 2 Pfund Feinbrot, und 600 Gramm Gebäck oder als Ersatz 1000 Gramm Gebäck, 500 Gramm Fleisch, Fett wird durch Auszug in den Geschäften stellen brantgegeben, Milch nach den Bestimmungen der Feinbrot-Groß-Berlin, 200 Gramm Graupen auf Abschnitt 55 der Lebensmittelbezugsliste, 100 Gramm Sirup auf Abschnitt 57 der Lebensmittelbezugsliste, eine Finklobdose Gemüsesorten auf Abschnitt 6 der Lebensmittelbezugsliste für Jugendliche, 100 Gramm holländischen Feinstärke auf Abschnitt 56 der Lebensmittelbezugsliste. Auf Abschnitt 19 der Zuckerkarte in der Zeit vom 16.—31. Juli 375 Gramm Zucker. Ferner ohne jede Einschränkung Paprika, Dörrgemüse, Pfirsiche und Nüchtereisen, Fischmarinaden, Obst und Gemüse, Wäpfelkäse und Streichhölzer.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Heute gelangt auf Abschnitt O der Lebensmittelkarte Griech zur Ausgabe. Auf jede Karte entfallen 100 Gramm zum Preise von 6 Pf. Ferner findet auf dem Güterbahnhof Verkauf von grünen Gurken in kleinen Mengen statt. Der Verkauf beginnt vormittags 9 Uhr. Als Ausweis ist die Lebensmittelkarte mitzubringen.

Pankow. Lebensmittel. Vom 18. Juli ab gelangen in den bekannten Geschäften gegen Abtrennung des Bezugs- und Quittungsabschnittes 64 von der Lebensmittelkarte Haserfloden zum Verkauf. Auf den Bezugs- und Quittungsabschnitt 64 der Lebensmittelkarte entfallen 125 Gramm. Der Preis beträgt für 500 Gramm 44 Pf., für 125 Gramm 11 Pf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Generalversammlungen.

Die Genossen des Sozialdemokratischen Vereins für Berlin I behandelten am Mittwoch in ihrer Generalversammlung die Tagesordnung des Parteitages in Würzburg. Als Delegierter wurde Genosse Franz Lucht gewählt. Einstimmig wurde auch ein Antrag angenommen, der die Stadtverordnetenfraktion ersucht, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die Berliner städtischen Badeanstalten den Betrieb wieder umgehend aufnehmen. Die Kohlenknappheit wurde als kein triftiger Grund angesehen, die für die Volksgesundheit so wichtige Institution geschlossen zu halten.

Im Sozialdemokratischen Verein für Berlin III referierte der Abgeordnete des Kreises, Genosse Pfannkuch über den Parteitag in Würzburg. Als Delegierter wurde Genosse August Pohl gewählt.

Neußän. In einer sehr gut besuchten Bezirksversammlung sprach Genosse Gustav Bauer über: Die Konferenz in Stockholm. Er führte folgendes aus: Als die Weltkrisis über Europa hereinbrach, zeigte es sich, daß die Parteien aller kriegsfähigen Länder zu ihrem Volke standen. Unablässig versuchte die deutsche Parteileitung, die zerrissenen Fäden der Internationale wieder zusammenzufügen, aber einige ausländische Parteien waren dem Chauvinismus so verfallen, daß mit ihnen zu verhandeln unmöglich war. Als die Revolution in Rußland ausbrach, schienen die Wege gebnet zur Wiederherstellung der Internationale. Der Plan einer Konferenz in Stockholm wurde lebhaft begrüßt. Die Parteien der Mittelmächte erklärten sich sofort bereit, daran teilzunehmen. Anders war es bei den Parteien der Entente-Länder. — Eine Abordnung der Genossen Dänemarks ging nach Petersburg, um dort die Auffassung der deutschen Genossen zu vertreten. Es begaben sich aber auch Vertreter der sozialdemokratischen Parteien aus den westlichen Orientalländern nach Petersburg, um die Russen für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen. Bei den Versuchen der deutschen Parteileitung, Fühlung mit dem Ausland zu gewinnen, zeigte sich — nicht nur bei den Neutralen —, welche große Unkenntnis über die Vorgänge in der deutschen Partei herrschte. Nachdem aber der dänische Genosse Vorgeberg im Arbeiter- und Soldatenrat die Auffassung der deutschen Genossen vorgetragen hatte, trat sofort ein Stimmungsumschwung ein. Die Position der deutschen Partei bei dem A. u. S. Rat wurde dann wieder ungünstiger, als die deutsche Regierung ihr Sonderfriedensangebot an Rußland machte statt eine nach allen Seiten

annehmbare Friedensformel zum Ausdruck zu bringen. Daß es auch für die Neutralen nicht leicht ist, neutral zu sein, mußte die deutsche Delegation in Stockholm genügend erfahren. Besonders schlug dringlich den Deutschen und der deutschen Partei gegenüber einen wenig angemessenen Ton an. Er verlangte auch, daß die Schuldfrage am Kriege erörtert werden solle. Das konnte nach Meinung der deutschen Delegation nicht Aufgabe der Konferenz sein. Es lag aber auch kein Grund vor, der Ausfrage aus dem Wege zu gehen. Genosse David entlegte sich dieser Aufgabe in meisterhafter Weise. Seine Darlegungen machten einen tiefen Eindruck auf das Komitee. Das Memorandum der deutschen Delegation hat sowohl in Deutschland wie in den neutralen Staaten Anerkennung gefunden, auch beim Kanzler, allerdings nicht öffentlich. Keiner konnte erwarten, daß die Verhandlungen in Stockholm der Welt den Frieden bringen, aber wichtige Vorarbeiten dazu haben sie geleistet. Nach eingehender Würdigung der gegenwärtigen innerpolitischen Verhältnisse kam der Redner zu dem Ergebnis, daß die deutsche Arbeiterklasse vor großen Aufgaben stehe. Hatte aber die Arbeiterklasse geschlossen zusammen, dann werde sie diese Lösen im Interesse des Proletariats. — Den Ausführungen folgte lebhafter Beifall. Nach einer kurzen Debatte wurde einstimmig beschlossen, sich mit der Tätigkeit der deutschen Delegation in Stockholm einverstanden zu erklären.

Industrie und Handel.

Polypenarme.

Der Kohlenmagnat Hugo Stinnes hat die Hamburger Kohleneinfuhrfirma Heidmann gekauft. Hugo Stinnes, der große Fiskus im Privatbesitz hat und Racher bei der Deutsch-Lugemburgerischen Bergwerks-Gesellschaft ist, begann seine Heftigkeit an der Elbe durch Begründung einer damals wenig bedeutenden Niederlassung in Harburg a. E. Es folgte die Liebernahme zweier Kohlenfirmen in Hamburg, der Westphälischen Einfuhrfirma und der kleinen Firma von Franz D. Kähler, die beide noch unter den alten Firmen weitergeführt werden. Unter der Firma Hugo Stinnes, G. m. b. H., gibt es in Hamburg nur einen Reedereibetrieb. Inzwischen gewann Stinnes auch Einfluß auf die Woermann-Linie. Damit hatte Hugo Stinnes mit die Hand am Heft zukünftiger Großschiffahrtsunternehmen in Hamburg. Vor dem Kriege besaß die Firma Stinnes 13 eigene Dampfer mittlerer Größe, die in der Kohlen-, Holz-, Erz- und Getreidefahrt, vorwiegend im Mittelmeer, im Schwarzen Meer, in der Nord- und Ostsee beschäftigt waren. Im Kriege sollen Neuerwerbungen hinzugekommen sein, die etwaige Kriegsverluste, falls solche in der Erzfahrt während des Krieges entstanden sein sollten, ersetzt haben dürften. Die drei Heidmannschen Kohlendampfer von zusammen 6882 Br.-Reg.-T., die die rheinische Firma jetzt neu erworben hat, sind mit den vollkommensten Einrichtungen zum Laden und Löschen von Kohlen versehen.

Ein Kriegsverband.

Der Stabeisenverband ist für Kriegsdauer zustande gekommen. Die anwesenden Werke haben den Verbandvertrag unterschrieben unter der Voraussetzung, daß die noch außenstehenden Werke bis zum 15. August d. J. ihre Zustimmung geben werden.

Aus aller Welt.

Ein indischer Postdampfer verbrannt. Das Schiff der British-India-Line Ghilla (4000 Tonnen), das am 30. Juni von Madras nach Rangoon abging, ist in Brand geraten und mußte preisgegeben werden. An Bord befanden sich 1600—1700 Deckpassagiere, darunter 15 Europäer. Man hat noch keine Einzelheiten, doch heißt es, daß viele Menschenleben verloren sind.

Briefkasten der Redaktion.

M. R. 100. Wiesunterstützung kann in diesem Falle verweigert werden, da mindere Bedürftigkeit durch den erstellten Arbeitsdienst angenommen wird. — S. 1. Bei den Reichsanstellungen. — C. S. 30. Ihre Unmarckschaft ist schon jetzt aufrecht erhalten, Sie müssen nur nicht persümen, die Karte am 12. Dezember d. J. umzutauschen. — S. W. 13. Auf Betragen des Richters muß darüber Auskunft erteilt werden. — M. R. 999. 1. Ja. 2. An den Kaiser. 3. Das können wir Ihnen im Briefkasten nicht näher auseinanderlegen. 4. Nein. — H. Z. 99. Nein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Trocken und vielfach heiter bei wenig veränderlichen Temperaturen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter **Joh. Wutzkowsky** von der Firma Ruyen am 19. Juli im Alter von 67 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 14. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Brüder-Gemeinde-Friedhofes, Chausseestraße, aus statt.

Nachrufe.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Holzsohlenarbeiter **Friedrich Leetz** von der Firma Paul Zahn am 7. Juli im Alter von 54 Jahren verstorben ist.
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bahnhofsarbeiter **Florian Strahler** am 1. Juli im Alter von 51 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
6/10 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher **Wilhelm Kubte** am 10. Juli an Darmleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 14. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusalemer Friedhofes in Neußän, Germannstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
177/16 Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse für die Gewerbe der Tischler und Pianofortarbeiter zu Berlin.
Am Donnerstag, den 26. Juli 1917, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 3: **Außerordentliche Ausschußsitzung,** zu welcher die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten hierdurch eingeladen sind.
Tagesordnung: Abänderung des § 16 Absatz 1 Ziffer 2 der Satzung.
Der Vorstand: **Emil Boeste, Fritz Zinke,** Vorsitzender. **Schiffhauer,** Schriftführer.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden
Fleisch- u. Wurstwaren: **Paul Müller, Priesenstr. 22.**
Mehlig., Kolonialw.: **John. Pietsch, Gneisenaustr. 97.**
A. Schleinitz, Mariannenstr. 14.
Uhren, Goldwaren: **S. Fenske, Kottbus-Damm 90.** (Streng real, anerkannt billig.)
Neukölln
C. Dittmann
Berlinerstr. 43
Wild - Geflügel - Fische.

Heute Ausnahmepreis.
Gänselein . . . per Stück 4.50
Gänseleichenfleisch per Pfd. 3.25
Gänseleichen 5.50
Spizgans 10.00
Max Westheimer,
Rene Jaskobstr. 12. 20425

Für Wiederverkäufer!
Schmierwaschmittel „Optima“ von unerreichter Reinigungskraft, schäumend, frei von Laug, Wasser, garantiert unschädlich. Verbraucherpreis pro Pfund 1,20 M.
Salmiak-Waschpulver vollständig löslich, ausgezeichnet reinigend, garantiert unschädlich. Verbraucherpreis, grüne Marke, Pfundpaket 0,70 M. rote Marke, Pfundpaket 0,95 M. zerfällt nicht im Gebrauch.
Feintoilette-Waschmittel zerfällt nicht im Gebrauch. Verbraucherpreis 150-Gr.-Stücke 0,11 M. Einfaßpreis 150-Gr.-Stücke 0,11 M.
Eigentliche Artikel vom Kriegsausgleich genehmigt. Verkauf nur ab Fabriktagen.
Chem. Fabrik Bala G. m. b. H., SO 38, Kottbusser Ufer 33/34.

Zähne mit u. ohne Platte, mit echtem Friedenskauschuk, Goldkronen, Brücken, Plomb. **Umarbeit., schlechtsitzender Gebisse.** Reparaturen sofort. **Zahnziehen** in örtlicher Betäubung. Billige Preise, auch Teilzahl. Tel. Nord. 10488.
D.A. Löser Persönl. nur Rosenthalerstr. 69 a Platz v. 9-7. z. sprach. — Sonnt. 10-12.

„Turfsieger“ — „Schlußgalopp“.
Verlangen Sie Probenummer vom **Rennsport-Verlag „Turfmüller“**, Jägerstr. 63. — Zentrum 11004. 5189L

Beschlagnahmefreie Mengen gebrauchter Sektforke | Weinkorke
27 1/2 Pf. das Stück | 5 1/2 Pf.
faust 38/14
Orderer, G. m. Georgenfirchstraße 50, beim Alexanderplatz, S. O. 9-12, 3-6
Sendungen von außerhalb ohne vorherige Anfrage nicht erwünscht.

Möbel jeder Art sowie ganze Nachlässe faust höchstaablen
Frosch, Neukölln, Steinmetzstr. 4.
Heines Werke 3 Bände 3 Hart
Buchhandlung Vorwärts

Bezugsquellen-Verzeichnis
Zur Beachtung empfohlen.
Eisen-, Stahl-, Werkzeug.
Job. Ant. Stocks, Döbel, Lössow.
Manufakturw., Kestelag.
Kaufmann, Gebr., Ruhrort.
Ostl. Gemisch. Karloff, Handl.
Neuken, H. Lis. 4. Kass. Hainrodt.
Optiker u. Maschinen.

H. Kriewitz
Spezial-Lesitel f. Lachwasser Opuk
Kahr. 10. Hof. an alle Krankenhäuser
Verzinst mit elektrischen Betrieb.
Wirtschaften
Zur Burgschänke M. Boegen.
Meiderich
H. Rosenblock, Fria, Lohrerstr. 45
Oberranzhof
Mikerei Jos. Bix, Galtmannstr. 71
Wassum-Aldenrade
J. Schärer, Hof- u. Holzwaren.

Zelluloid- | Film- Guttapercha- Hartgummi- Wachs- Walzen- Schallplatten-
Kostfälle laut:
Orderer G. m. b. H.
Georgenfirchstraße 50
beim Alexanderplatz
9-12, 3-6 Uhr.
61/2*

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
für Haut-, Harn-, Frauenleiden
nerv. Schwäche, Beinkranke,
Ehrlich-Hata-Kuren
(Dauer 12 Tage), Behandlung
schnell, sicher u. schmerzlos
ohne Berufsstörung.
Königstr. 34-36, Stadthbf.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-,
Frauenleid., nerv. Schwäche, Beinkranke,
Ehrlich-Hata-Kuren
(Dauer 12 Tage), Behandlung
schnell, sicher u. schmerzlos
oh. Berufsstör. l. **Dr. Homeyer**
& Co. kons. Labor. f. Blut-
unters., Fäden im Harn usw.
gegenüber
Friedrichstr. 81, Panoptikum
Königstr. 84-86, Ecke Neue
Friedrichstr.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90
direkt am
Stadthof
Behandl. von Syphilis, Haut-,
Harn-, Frauenleid., (pez. Chron.
Fälle, Ehrlich-Hata-Kuren, schmerz-
lose, schnelle Behandlung ohne Beruf-
störung, Blutuntersuchung, Maß-
regeln, Teilzahlung, Sprechstunden
10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Kennen Sie die Wohlfat
einer **Leibbinde?**
Sämtliche Systeme am Lager
resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller
Art.
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lohringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Zahnparis W. Thiedt,
Reinickendorfer Str. 7,
während der Ferien geschlossen.

Frau von Staël.

Zur hundertsten Wiederkehr ihres Todestages am 14. Juli.

Bei dem Namen dieser Frau wird ein freischwebendes, geistreiches Antlitz sichtbar, über dem sich der Schmutz eines Turbans mit buschender Feder wölbt. Mit einem Schläge ist die Zeit des ersten Napoleon beschworen, die Zeit, wo der Strom der großen Revolution auf europäische Schlachtfelder abflutete und das ungeheure Ringen, das jahrelang Frankreich und die Welt eingebrannt hielt, anderen Gedanken, Empfindungen, Zielen Raum ließ. Zugleich aber springt bei dem Namen ein Kreis deutschen Literaturlebens im Erinnerung auf. Der fremdartig gezielte Frauenkopf mit den sprühend bewegten Augen pflegt nicht zu fehlen in den deutschen Literaturbüchern, wo sie von den großen Zeiten von Weimar erzählt. Denn im Juli-Jahre 1804 lehrte die Staël bei Schiller, dem schon todesnahen, und bei Goethe, der in Vollkraft stand, und weiter im Kreise der jungen romantischen Generation, die Dichtung, Philosophie, Leben in eins zusammenschmelzen wollte, als eine unermüdbar plaudernde, streitende, suchende Fräulein ein. Revolution, Kaiserreich, Weimar und Jena und schließlich ein Buch der Staël, in dem noch sechsjähriger Arbeit die Eindrücke sich vereinten, die diese empfangliche, begeisterungsfähige Frau über deutsches Dichten und Denken an den Quellen eingehend hatte: immer wird dies ihr Merkmal sein, daß in ihr wesentliche Züge ihrer stürmischen Epoche uns gesammelt nahekommen.

In der von Jaurès herausgegebenen „Sozialistischen Geschichte“ heißt es von der Staël, sie sei einer der freiesten Geister der napoleonischen Zeit gewesen. Bei diesem Wort sei an das Buch „Ueber Deutschland“ gedacht, das ohne Zweifel nach seinem Willen eine Kulturtat gewesen ist. Von französischem Denkungsart ist es eine Entschlossenheit dar. Mit überzeugter Daringabe machte es begreiflich, daß das Volk jenseits des Rheins, das geringschätzbar angesehen wurde, habe geistige neue Verdienste und eine schätzbare stilkliche Eigenart habe. Aus Philosophie und Dichtung war auf die Staël eingeströmt, was sie selber gesucht: ein sicheres Glauben an die Freiheit, an die Selbstherrlichkeit des Einzelmenschen, dessen Handeln sich nach eingeborenen, willensstark entwickelten Pflichten bestimmt: keine lähmende Abhängigkeitslehre mehr, und keine enge Nützlichkeitsmoral.

Als das Buch niedergeschrieben war und an die Öffentlichkeit sollte — 1810 — machte die napoleonische Zensur sich darüber her. Sie setzte den Koloss an und erlaubte schließlich den Druck. Wie aber das Buch zum Verkauf fertig war, wurde ihm trotz der Druck-erlaubnis der Weg verlegt. Ein Dekret trat in Aktion, das ein- und eigens in Rücksicht auf die gefährdete Feder der Frau v. Staël — ausgenommen worden war. Das Amt der Zensoren erstreckte sich nur auf die Textberichtigung einer Schrift, über das Buch selbst aber entschied mit unbegrenzter Vollmacht die Polizei. Und ihr freies Willkürrecht beschlagnahmte jetzt im letzten Augenblick das Buch „Ueber Deutschland“, ließ die zehntausend Exemplare zerstören, zahlte dem Verleger ein dürftiges Schmerzensgeld, forderte das Manuskript ein und verwies die Verfasserin, die ohnedies längst von Paris ausgesperrt war, endgültig aus Frankreich. Höhnend schrieb der Polizeiminister: ihr scheint die Luft Frankreichs nicht zuzulassen, ihr Werk sei „nicht französisch“. Das Buch freizugehen also die obrigkeitliche Politik. Indem es fremdvölkische Leistungen rühmte, beschwor es die Gefahr herauf, daß das kaiserliche Frankreich, in dem Dichtung und Philosophie nur schwächlich traute, dem unterjochten Lande gegenüber in Schatten geriet. Wie hat aber diese Vernichtung des Buches den weiten Abstand gekennzeichnet, der zwischen den Wegen Napoleons und den Ideen Staëls, die in der Revolutionszeit im Volkempfinden mächtig gewesen waren! Die Revolution hatte der Völkerbrüderung zugejuchelt, die sich aufbauen sollte auf der Gleichheit alles dessen, was Menschenart ist trägt; das Kaiserreich war zu dem Empfinden alter Eroberer zurückgekehrt, deren überhöchtes Selbstbewußtsein dem Wert anderer Völker immer herabgesetzt und verkannt hat.

Die Staël ist die offen erklärte Gegnerin Napoleons gewesen. Er galt ihr als ein „Robespierre zu Pferde“. In seinen Anfängen als blutjurer General hatte sie ihn mit Briefen bedacht, deren Leidenschaftlichkeit mehr war als nur die Bewunderung seiner Leistungen. Aber diese Empfinden schlug in Haß um; als er zum ersten Konvent aufstieg, sah sie in ihm nichts als den Feind der Freiheit. Man braucht nicht zu bezweifeln, daß politische Gesichtspunkte an dieser Wankung sehr wesentlich mitwirkten. Sie, als die Tochter des einst populären Ministers Reder, der den Ausbruch der Revolution verhindern sollte und den die Revolution dann schnell als ersten Minister wegschickte, war in die gewaltige neue

Epoche eingetreten in den Gefühls- und Gedankenkreisen, die Rousseau seinem Jahrhundert angefaßt hatte. Sie meinte, ihr Vater sei berufen, Rousseaus Lehren in der Gesellschaft zu verwirklichen. Als die wilde Macht der Revolution rauh aufstürzte, blieb Germaine Reder — sie war die Gattin des schwedischen Gesandten Staël-Holstein — im Bannkreise der Königsanhänger, und sie ist immer Royalistin geblieben, allerdings keine, die das alte absolutistische System zurückwünschte. In dem englischen Mutter hatte sie sich das Ziel einer parlamentarischen Verfassung gebildet, für das sie von ihrem namhaften Salon aus, der aber durchaus kein politischer Mittelpunkt war, wirkte. Dies und der Friede Europas waren ihre Ziele, und beides hatte in Napoleons Cäsarismus seinen schroffen Gegensatz. Trotz hat sie in der Gegnerschaft anderhalb Jahrzehnte ausgehalten, standhaft gegen Verbürungen um den Einfluß ihrer Stimme wie gegen Verfolgungen, gegen Mordtötungen, Ausweisungen und Verbannen. Schicksale, die sie schon in den wildesten Jahren der Revolution, wo sie für die Rettung des bedrohten Königs gewirkt, erfahren hatte, kamen in der Kaiserzeit mit verzehnfachter Last über sie. Der Gang ihres Lebens trägt den schmerzlichen Stempel ihrer Zeit.

Als Goethe 1798 das Buch der damals Dreißigjährigen „Von dem Einfluß der Leidenschaften auf das Glück der Individuen und Völker“ las, schrieb er an Schiller: „Es ist äußerst interessant zu sehen, wie eine so höchst passionierte Natur durch das grimmige Läuterfeuer einer solchen Revolution, an der sie so viel Anteil nehmen mußte, durchgeht und, ich möchte sagen, nur das geistreich Menschliche an ihr übrig bleibt.“ Er kam ihr mit diesem Wort nah und verkannte sie doch. Sie ist immer die empfindsam leidenschaftliche Natur geblieben, die von Rousseau für ein freies geistliches Kulturdial begeistert wurde. Das Loskommen von dem furchtbar zwangenden, einschränkenden Druck der alten Gesellschaft, das Befreien alles Fühlens, Denkens, Handelns von der Buchstabenförmigen Vorurteile ist durch ihr ganzes Leben hin das Ziel gewesen, das ihre Kraft bewegte. Abtun den „geschächerten Mantel“, das „alte Lumpengewand“! Das hat sie, die ohne ein Mitentscheiden ihrer Reizung eine Vorteilsee hatte schließen müssen, mitverantwortlich, ein Romanverfasser niederzuschreiben, das sich gegen die „wahnwitzige und barbarische Einrichtung“ lehrt, „die von so vielen schuldlosen Geschöpfen die Aufopferung aller natürlichen Reizungen fordert“. Sie warf diesen Roman „Delphine“, in dem das Recht der Ehecheidung erhebt ist, 1802 in die Öffentlichkeit, gerade als die Ehegesetze verschärft wurden. Als Motto stand freilich auf dem Buche: „Ein Mann muß der öffentlichen Meinung zu trauen verstehen, ein Weib sich ihr unterzuordnen“, aber war dies und der entsprechende Verlauf der Erzählung nicht ein Mittel, dem, was anlagend gesagt werden sollte, den Weg in die Öffentlichkeit zu ermöglichen? Die Staël rang um Glück für sich und alle, und nun zeichnete sie den Widerspruch der Gewalt, die „die Dauer der Glückseligkeit garantieren“. In diesem Befreiungskampfe steht sie in der französischen Literatur, wie wenig auch ihre Romane die künstlerische Kraft bleibender Werke besaßen, als eine Vorläuferin der Romantiker von 1830 und als eine Wesensverwandte der George Sand da, deren Werk in alle Welt hinausstrahlte.

Das Höchste aber in diesem Ringen der Staël gegen das umstrickende Geipst der Vorurteile bedeutet jenes Buch „Ueber Deutschland“. Aus dem Exil in Coppet bei Genf, in dem sie zehn Jahre lang von der napoleonischen Polizei überwacht lebte, entwich sie 1811 über Oesterreich und Rußland nach Schweden und England und hier kam 1813 das verfeimte Buch gedruckt aus Licht. Auch dieses Werk ist hervorgegangen aus dem Ader, den Rousseau bestellt hatte. Sein vorbedingender Unterbau ist der Menschheitsgedanke, den der Glaube durchseht, daß hohe menschliche Werte in allen Völkern wachsen können. In dem das achtzehnte Jahrhundert diesen Gedanken der Humanität emporschob, sorgte es vornehmlich für eine Förderung neuzeitlicher Kultur, die an die Stelle kriegerischen Eroberns und Unterwerfens das friedliche Verbinden der Völker setzt, das ausgebeibelt soll auf dem Grunde gesicherter nationaler Einzelentwicklung. Wir Menschen des Weltkrieges haben freilich erstens erfahren, daß in den Beziehungen der Völker zu einander alte trennende Kräfte, die wir im Absterben wählten, immer noch zu furchtbarer Macht aufwachen können. Aber das gerade rückt uns den Wert der Tat wieder unmittelbar nahe, mit der die Frau von Staël die Bande von den Augen zu reißen unternahm. Fr. D.

Die richtige künstliche Atmung.

Im Kriege hat die Verwendung der künstlichen Atmung in der Lebensrettung erhöhte Bedeutung gegenüber der Friedenszeit gewonnen. Jeder weiß, daß mit dem Aussetzen der Atmung das Leben gefährdet ist, auch daß die künstliche Atmung schleunigst einsetzt muß, und jeder glaubt auch zu wissen, wie er sich dabei zu benehmen hat. Es ist ja so einfach, hat man ja tausendmal ge-

lesen, gesehen, vielleicht sogar, wenn man „ausgebildet“ ist, geübt. Die Arme des Patienten werden gegen den Brustkorb gedrückt, dann nach rückwärts hinter den Kopf zurückgeführt, und nach einer kurzen Pause wird dies Anpressen und Ausstrecken der Arme wiederholt. So steht es in vielen Lehrbüchern, einer hat die Vorchrift vom andern übernommen und bei Vorfahrung und Beschäftigung war die Durchführung der künstlichen Atmung stets ein beifälligeres Schauspiel. Und doch bedeutet diese Art der künstlichen Atmung, wie Stadler Dr. Gaebide in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ nachweist, in der ersten Wirklichkeit geradezu eine Gefahr. Der Sinn der künstlichen Atmung besteht doch darin, möglichst schnell und möglichst viel frische Luft in die Lungen des Scheintoten zu bringen und durch möglichst getreue Nachahmung der natürlichen Atmung diese wieder anzuregen. Nach dem allgemein üblichen Verfahren der künstlichen Atmung, wie sie oben geschildert wurden, erfordert ein Atemzug im Mittel 8 Sekunden. Es lassen sich daher nur knapp acht Atemzüge in der Minute durchführen, das ist die Hälfte des Normalen. Mit anderen Worten, gerade in dem Fall, wo der Organismus nach Sauerstoff hungert, wird ihm nur die Hälfte dessen zugeführt, was er schon unter normalen Verhältnissen zur Erhaltung seines Lebens braucht. Außerdem wird bei der geschilderten Behandlung die volle Hälfte der für die künstliche Atmung verordneten lebenswichtigen Zeit für den Kranken nicht nur nutzlos, sondern sogar zu seinem Schaden vergeudet, denn für diese halbe Zeit wird kein atemloser Zustand mit allen Folgen für Lebensfähigkeit der inneren Organe verlängert. Aus weiteren Ausführungen Gaebides geht aber klar hervor, daß nicht einmal die Hälfte der gewöhnlichen Sauerstoffmenge, sondern nur der vierte Teil auf diese Art dem Kranken zugeführt werden kann. Es ist also tatsächlich recht verwerflich, daß diese Vorchrift der künstlichen Atmung so weit verbreitet ist, um so mehr, da ja auch ein anderes Verfahren bekannt ist, das der Ärzte halber als das militärische Verfahren bezeichnet werden kann, da es als einziges in die Krankenträgerordnung aufgenommen worden ist. Bei dem militärischen Verfahren drückt der Helfer den Brustkorb des Scheintoten mit seinen Händen und bewirkt dadurch die Ausatmung, durch Entfernung der Hände die Einatmung. Nach der Vorchrift ist dies 16mal in der Minute zu wiederholen. Das Verfahren läßt aber bequem die Möglichkeit zu, die Zahl der Atemzüge in der Minute noch zu erhöhen. Bei dem militärischen Verfahren kommt es von selbst dazu, daß der Helfer und der Scheintote gleichzeitig oft atmen. Nicht zu unterscheiden ist bei dem militärischen Verfahren auch die mechanische Einwirkung auf den Herzmuskel und den Blutkreislauf. Es wäre daher nur zu wünschen, daß das militärische Verfahren auch für die erste Hilfeleistung im Frieden allgemeine Verbreitung fände.

Notizen.

— Unser neuer Roman Anders Hjarmsted ist von dem dänischen Pfarrer und Schriftsteller Jakob Knudsen, der diesen Winter gestorben ist. Er ist der kraftvollste Gestalter der neuen dänischen Literatur. Er läßt hier auf dem harten Boden Jütlands von einem einsamen Bauernsohn alle Höhen und Tiefen erster Tragik durchleben. Der Kampf ums Recht, den er führen muß, rührt an die höchsten Probleme des Lebens und der Kunst. Auch in den Wettern des Weltkrieges wird sich diese Kunst bewähren und erheben und befreiend wirken. — Die Uebersetzung hat mit gewohnter Treue S. Riß besorgt.

— Direktor Altmann hat Sternheims dramatisches Gedicht „Ulrich und Brigitte“ zur Aufführung am Kleinen Theater in dieser Spielzeit erworben. Ebenso geht der „Barger Schippel“ mit Alfred Abel in der Titelfolge in den Spielplan dieser Bühne über.

— Mutterstuhm im Film. Die Aufnahmen der Deutschen Bioskop-Gesellschaft in Neu-Babelsberg für ihren Propagandafilm, über den der Bund für Mutterstuhm das Protektorat angenommen hat, sind nahezu vollendet. Sie zeigen in erschütternder Darstellung das Schicksal der unehelichen Mutter und ihres Kindes in der heutigen Gesellschaft. Verfasserin des Films ist Gertrud David.

— Die Jichorie, die jetzt so häufig als Kaffeesurrogat benutzt wird, wurde früher vielfach nur zur Fütterung angebaut. Die wilde Jichorie findet man überall in Europa an Bergen und Abhängen. Wegen ihrer Wurzel, aus der man den sogenannten Jichorienkaffee bereitet, wird die Pflanze in einzelnen Gegenden stark angebaut, so im Wogdeburgischen, in Thüringen, Wörmern, Oesterreich, Luxemburg, Belgien usw. Sie wird im April und Mai gesät, liebt wie die Kunkel einen reichen, lockeren Boden mit tiefer Ackerkrume und verlangt ebenfalls ein fleißiges Gießen. Sie reift in 70 bis 110 Tagen. Die Blätter geben ein gutes Viehfutter.

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

Er lief, so schnell er konnte, und war mindestens seit einer Viertelstunde so gelaufen. Das Blut hämmerte in den Schläfen, und der Atem wollte Luft durch den Mund haben; doch er hatte vom Schullehrer in der Turnstunde gehört, daß, wenn man erst den Mund beim Laufen öffne, die Kraft aus dem Organismus schwinde. — Und wie der Atem sich staut, so beinahe auch das Bewußtsein. Nur funkenartig durchfuhr ein Gedanke oder eine Vorstellung sein Gehirn.

Er sah vor sich den Glasstank drinnen im Kontor des Kaufmanns, mit all diesen hübschen Porzellandingen, die er so viele Jahre lang zu beschauen gewünscht hatte, und die der Kaufmann jetzt heute abend Lust verspüren sollte ihm zu zeigen, heute, wo er so bestimmten Befehl hatte, um zehn Uhr zu Hause zu sein.

Er fühlte den Drang, wieder auf seine Uhr zu sehen. Doch dazu war keine Zeit. Er hatte ja auch gesehen, als er aus dem Laden lief, daß es zehn war. Das war das erste Mal, daß ein Glodenschlag auf seiner neuen Konfirmationsuhr ein wirklich trauriges Aussehen gehabt hatte. Bisher war es jedesmal so erfreulich gewesen, zu sehen, wie sie gehen konnte.

Er wollte über den Graben springen, auf den Rasen, längs des Weges hin, wo es für seine nackten Füße weicher war. Im Sprunge entfernten sich seine Lippen voneinander, und er begann zu schnaufen, mit weit geöffnetem Munde und aus voller Lungenkraft zu stöhnen — unausgesetzt laufend, so schnell er konnte.

Dabei war es, als schlug ihm eine heiße Luft glühender Gedanken entgegen, und sein Gesicht ward in Schweiß gebadet. Wie in einen Ofen, eine Welt rotglühender Möglichkeiten, so sah er hinein in seines Vaters Zorn. Das war eben das Fürchterliche an dem Zorne seines Vaters, daß er dessen Möglichkeiten gar nicht übersehen konnte. Er kannte das ja schon von früher, aber jedesmal war er so überwältigt gewesen, daß er sich eigentlich des Geschehenen nie entziehen konnte. Nicht die Prügel waren es, — es war dieser Feuerregen von Zorn und dieses Gefühl, verdammt zu sein. — Und wieder sah er den Glasstank beim Kaufmann, vor-

allem dieses porzellanene Heizermännchen für Streichhölzer — — — daß ihn die Figur wirklich so hatte fesseln können, obwohl er wußte, was auf dem Spiele stand!

Er hielt plötzlich an einem Heckenpfahl an und sehte die Hände dagegen, ächzend und schnaufend, indem er einen Buckel wie eine Kacke machte. — Denk einer an, wenn er sich gegen seinen Vater empörte! — Aber der Gedanke war so fern, so unwirklich, — und doch merkte er, wie seine ganze Welt im selben Augenblick untergehen würde, — das Bild Samsons oben in der Schule fiel ihm ein, auf dem Samson gegen die zwei Strebepfeiler drückt und den ganzen ungeheuren Bau über sich niederzwingt. — Dann würde da nichts anderes übrig sein als Gott im Himmel, — denn der bliebe doch wohl übrig?

Er begann wieder, aus allen Leibeskräften zu laufen, — durch einen Nebel, einen Rauch, eine Verwirrung, so schien es ihm, — doch oben darüber war doch gewiß ein Stück blauen Himmels!

Auf einmal waren alle phantastischen Bilder weggeweht. Er lief am Ententeich, am Dingerhausen vorbei. — jetzt stand er an dem Pförtchen zum Hof, unten an der Brauererei. Er zog das Pförtchen auf — es wurde durch einen Hockhock an einem Strick verschlossen gehalten, — jetzt war er auf dem Hof drin, aber ungeheuren drüben in der Ecke der Brauererei. Sein Vater ging auf dem Hof drüben beim Westgebäude umher. Er war in der Weste und trug Lederjadenärmel. Er ging etwas vornübergebeugt und rückte hin und her, mit den Händen auf dem Rücken.

Der Anabe lief über den Hofplatz auf seinen Vater zu; doch da dieser nichts sagte, so bog er im Laufe ab, der sich so gleichsam ohne Resultat verlor. Er suchte sein gewaltiges Schnaufen zu unterdrücken, um keine Aufmerksamkeit zu erregen, am allerliebsten wäre er eine Welle in die Erde verschwunden.

„Gast Du den Brief zum Kaufmann besorgt, Anders?“ sagte der Vater mit ganz ruhiger Stimme.

„Ja.“

„Du kannst hineingehen und Dich in die Wohnstube setzen. Ich bin noch nicht fertig damit.“

Anders eilte durch die Haupttüre ins Haus. Nein! daß aus all dem nichts geworden war! — Eine so angeschwollene, unförmige Waffe von Möglichkeiten war hier plötzlich verschwunden oder in sich zurückgegangen, daß der Sinn es fast

nicht zu bewältigen vermochte; es war beinahe so wie mit dem Atem, der sich auch nicht niederdämpfen lassen wollte.

Und fast gleichzeitig erhob sich etwas Neues — eine neue große Frage: was hatte sein Vater vor? — „Ja, bin noch nicht fertig damit.“ — Er ging immer noch draußen im Hof umher, — jetzt eben legte er die Stangen auf dem Auslüftungsgestell zurecht. Ja, aber das war doch nicht das, womit er erst fertig sein wollte, — und er, Anders, würde mit dabei sein. Er war geschwind in ebenso neugierige Spannung versetzt, wie er vorher in Angst gewesen war. — Jetzt stand der Vater still und sah zum Stallflügel hinüber. — Der Viehwehnt hantierte dort drüben mit ein paar Tüchern. Jens konnte am Abend doch auch nie fertig werden. Es war ja gleich halb elf Uhr. — Anders meinte bestimmt, sein Vater stünde und wartete. Wartete er darauf, daß Jens hineingehen würde? Warum ließ er den Knecht nicht zu Bett gehen? Was hatte sein Vater doch nur im Sinn?

Jetzt hatte er wieder begonnen, drüben beim Westgebäude umherzuwandern in seinem wiegenden Gange, vornübergebeugt, mit den Händen auf dem Rücken. — Viehwehnt Jens raffte einen ganzen Haufen von Tüchern zu einem Bund zusammen, das er über den Rücken warf. Darauf ging er durch die Stalltür hinein und verschloß sie von innen; in der völligen Stille auf dem Hofe konnte man hören, daß er auf der Innenseite den eisernen Riegel vorsetzte.

Im selben Augenblick sah Anders, daß sein Vater stehen blieb, sich ein wenig aufrichtete und wahrscheinlich lauschte. Darauf ging er, mit viel schnelleren Schritten als vorher, auf die Haustüre zu.

„Kannst Du nun mitkommen, Anders?“ Klang es in die Wohnstube hinein. — — —

Sie gingen durch die Hofstür hinaus, an der langen Wagenschleife vorbei. Davor stand der Wagen, mit dem der Knecht heute zur Mühle gewesen war. Der Vater ging zu dem Wagen hin und zog die Eisenstange heraus, die vor dem hinteren Brett lag. Die Matrize, die er von der Stange abgeschraubt hatte, steckte er in die Westentasche. Dann setzte er seinen Gang fort, indem er die Eisenstange, die er an einem Ende hielt, mit der Hand gleichsam wog.

Von dem Dorfweg bogen sie auf den Weg ab, der nördlich ins Feld führt.

(Fortf. folgt.)

